

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 206 · 18. JAHRGANG · AUSGABE 3/2012 VOM 6. MÄRZ 2012 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Stadtwall
mit Promenade**
Die Messen sind gesungen

7/8 | **Nichts spricht für
den teuren Klimakiller**
HOKAWA-Diskussion geht weiter

12 | **Nazikriegsverbrecher
sponsorn Bürgerstiftung**
BBU nimmt Geld von den Quandts

Ein halbes Jahr im Dunkeln!

*Auch alleinstehende Mütter
mit kleinen Kindern
bleiben bei E.on edis
ohne Strom*

Eberswalde (bbp). Auf den Sozialberatungsstellen spielen sich seit Wochen menschliche Tragödien ab. Es häufen sich die Fälle, daß der Stromversorger E.on edis säumigen Zahlern einfach den Strom abschaltet. Betroffen sind Menschen in ganz Eberswalde, aber mit deutlichem Schwerpunkt im Brandenburgischen Viertel.

Oft sind es Alleinstehende, denen das Geld für den Strom fehlt, darunter auch alleinerziehende Mütter mit kleinen Kindern.

In einem Fall ist der Strom sogar bereits seit September 2011 abgeschaltet. Ein halbes Jahr im Dunkeln!

Dabei handelt es sich bei den Betroffenen keineswegs um »verstockte Zahlungsverweigerer«, denen anders als mit Abschaltung nicht beizukommen ist. Die meisten von ihnen hatten bis vor anderthalb Jahren regelmäßig ihren Obolus gezahlt. In Schwierigkeiten kamen sie erst durch das Durcheinander, das mit der Übernahme der Stromversorgung durch E.on edis verbunden war.

Das war Mitte 2010. Fünf Jahre nach dem Verkauf der Stadtwerke durch die Stadt Eberswalde lösten die neuen Eigentümer E.on edis und EWE die Stadtwerke Eberswalde GmbH auf und übernahmen die Energieversorgung in eigene Regie. Während beim Gasversorger EWE kaum Probleme auftraten, hatte der Stromkonzern E.on edis bei der Einbindung der neuen Kunden ins eigene EDV-System mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Vor den EON.edis-Büros bildeten sich lange Schlangen. Das Thema ging damals durch die regionale Presse. Bei vielen Nutzern wurden seit September 2010 keine Abschläge abgebucht, die dann vor Weih-

nachten mit einem Male fällig wurden. Abrechnungen kamen unpünktlich oder gar nicht oder sie waren falsch. Kunden ohne Einzugsermächtigung erhielten monatelang keine Rechnungen. Sie wußten also gar nicht, wohin sie das Stromgeld überweisen sollten.

Nicht allen gelang es, das Durcheinander bei E.on edis einfach auszusitzen. So manchem fiel es äußerst schwer, vom geringen Hartz-IV-Geld die zum Teil mehr als ein halbes Jahr lang auflaufenden Forderungen des Stromversorgers zurückzuhalten und anzuspargen. Mit der Folge, daß sie die aufsummierten Stromkosten dann nicht bezahlen konnten.

E.on edis machte es sich einfach und reagierte in einer ganzen Reihe von Fällen rigoros mit der Abschaltung der Stromversorgung.

Meist sind die Betroffenen schlicht überfordert, mit dieser Situation zurechtzukommen. Zumal sie ohne eigene Schuld in Zahlungsverzug kamen. Sie müssen nun für die Unfähigkeit des Stromkonzerns büßen, der nichtsdestotrotz erbarmungslos sein Machtmonopol ausnutzt und statt nach Lösungen zu suchen einfach den Strom abschaltet.

Einmal mehr zeigen sich die schlimmen Folgen des durch Korruption beförderten Verkaufs der Eberswalder Stadtwerke.

Ohrfeigen

Beate Klarsfeld hat den Bundeskanzler ge-ohrfeigt. Eine bessere Qualifikation für die Bundespräsidentin ist kaum denkbar. Zumindest in diesem Staate. Zeigen, wer Chefin im Hause ist. Daher haben die LINKEN sie für die Bundespräsidentenwahl am 18. März nominiert. Als Alternative zum Kandidaten von SPD-Grüne-FDP-CDU-CSU Joachim Gauck.

Die Nazi-Jägerin gegen den Stasi-Jäger.

Kurt Georg Kiesinger, der im November 1968 die Ohrfeige fing, war als Kanzler in der CDU und vorher in der NSDAP. In Eberswalde wollen heute manche das Konterfei von NSDAP-Mitgliedern auf Medaillen prägen und ihre Namen auf Straßenschildern sehen.

Natürlich ist Angela Merkel keine Nazi-Tusse. Das schützt sie vor Klarsfeldschen Backpfeifen. Ohrfeigenkandidat ist eher Klarsfeld-Konkurrent Gauck. Zwar bewahrte den angeblichen »Bürgerrechtler« die »Gnade der späten Geburt« vor Verstrickungen im Hitlerregime. Doch seine Äußerungen zu den »Sarrazin-Theesen«, das chauvinistische Gewetter gegen die »Oder-Neiße-Friedensgrenze«, sein Sozialrasismus gegen »Hartz4er« und vieles andere, was ihm u.a. den Beifall der Rechtsaußenzeitung »Junge Freiheit« verschafft, wären ohne weiteres der Ohrfeige wert. Seine Vergangenheit als Beinahe-IM »Larve«, vor allem der spätere Umgang damit und mit seinen potentiellen Ex-Kollegen, sicherlich auch.

Beate Klarsfeld hat Nazis gejagt. Genauer gesagt, Nazi-Kriegsverbrecher, wie Alois Brunner, Kurt Lischka, Ernst Ehlers oder Kurt Asche. Ihr spektakulärster Erfolg war die Verhaftung und Verurteilung des als »Schlächter von Lyon« bekannten Klaus Barbie, der sich seit 1951 in Bolivien versteckte und dort 1966 Agent des BND wurde. 1987 wurde Barbie in Frankreich zu lebenslanger Haft verurteilt.

Die Nominierung zur Bundespräsidentenkandidatin sei für sie eine große Ehrung und Würdigung ihrer Arbeit, sagte Beate Klarsfeld. »Für Die Linke stehen sowohl die sozialen Fragen als auch der Antifaschismus im Mittelpunkt ihres politischen Engagements«, steckte sie inhaltliche Berührungspunkte ab.

Ob es weitere gibt, wird sich zeigen. Oder auch nicht. Als Erstunterzeichnerin des Aufrufs »Stop the bomb!«, in dem Iran die Entwicklung einer Atombombe zur »Vernichtung der Juden« unterstellt wird, zeigte sich Beate Klarsfeld auf Veranstaltungen notorischer Kriegshetzer, auf denen auch schon mal der Einsatz von Atomwaffen gegen Iran gefordert wurde. Das ist dann eher eine Ohrfeige für DIE LINKE als Antikriegspartei.

GERD MARKMANN

Bedauerlich...

... daß Bundespräsident Wulff zurücktrat. Ein korrupter Beamter als Staatsoberhaupt, möglicherweise bald als Verbrecher abgeurteilt – passender konnte sich die BRD nicht präsentieren. G.M.

7. KinderUni Barnim Uckermark

Der Familientag am 17. März, um 15 Uhr, sollte unbedingt eingeplant werden, denn das interessante Vorlesungsthema lautet: »Warum schwitzt der Eskimo und das Kamel friert?« Warum läßt sich »heiß und kalt« schlechter unterscheiden als »lang und kurz« oder »schwer und leicht«? Wie kann man mit einem Luftballon die Temperatur messen? Und wie funktioniert ein Kraftwerk? Die Vorlesung gibt Antworten auf Fragen, die ihr euch vielleicht noch nie gestellt habt! Referentin ist Prof. Dr. Petra Bitttrich, Umwelttechnik und regenerative Energien an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. An diesem Tag sind auch Eltern oder Großeltern wieder herzlich willkommen,

solange die Plätze ausreichen. Kinder haben natürlich Vorrang. Auswärtige können sich für den Familientag auch vorher anmelden (eMail: kinderuni@barnim-uckermark-stiftung.de, Tel. 03334/657209). Der Eintritt ist frei. Über eine Spende würde sich die Bürgerstiftung Barnim Uckermark aber freuen.

Die Vorlesung wird im Hörsaal der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) Eberswalde (FH) auf dem Stadtcampus, gegenüber vom Paul Wunderlich Haus, Goethestraße, gehalten. Ein Büchertisch bietet Literatur zum Thema an und ein Kaffee- und Kuchenbüfett lädt zum Naschen ein.

ANGELIKA RÖDER

Vorlesungsplan KinderUni, 14. bis 17. März 2012

Mi, 14.03. jeweils ab 10 Uhr: »Insekten – nur Ungeziefer oder faszinierende Tiere?« – Prof. Dr. Hannelore Hoch vom Museum für Naturkunde / Leibniz-Institut f. Evolutions- u. Biodiversitätsforschung an der Humboldt Universität Berlin

»Vom Leben und Leiden der Steine – Wie sie entstehen, Gebirge bilden und wieder vergehen« – Dr. Uwe Altenberger vom Institut f. Erd- und Umweltwissenschaften an der Universität Potsdam

Do, 15.03. jeweils ab 10 Uhr: »Warum gibt es Feuer, das unter Wasser brennt?« – Prof. Dr. Andreas Grohmann vom Institut für Chemie an der Technischen Universität Berlin

»Steppe, Sturm und Überschwemmung – Klimawandel in Brandenburg?« – Prof. Dr. Uta Steinhardt vom Fachbereich (FB) Landschaftsnutzung und Naturschutz an der HNE Eberswalde (FH)

Fr, 16.03. jeweils ab 10 Uhr: »Schmeckt Coca Cola wirklich besser als Pepsi? Was Marken für uns bedeuten.« – Prof. Dr. Reinhold Roski, Wirtschaftskommunikation - HS Technik u. Wirtschaft Berlin
»Achtung Kuh! – Wie Pflanzen sich warnen und wehren.« – Prof. Dr. Vera Luthardt vom (FB) Landschaftsnutzung und Naturschutz an der HNE Eberswalde (FH)

Sa, 17.03. 15.00 Uhr – Familientag: »Warum schwitzt der Eskimo und das Kamel friert?« Warum läßt sich »heiß und kalt« schlechter unterscheiden als »lang und kurz« oder »schwer und leicht«? Wie kann man mit einem Luftballon die Temperatur messen? Und wie funktioniert ein Kraftwerk? – Prof. Dr. Petra Bitttrich, Umwelttechnik und regenerative Energien, HS Technik und Wirtschaft Berlin

Revanchistenverein erhält billige Erbpacht

Garagenbesitzer zahlen das Fünffache

Eberswalde (bbp). Der vor einiger Zeit nach einer Landschaft in Polen und Rußland umbenannte Fußballverein »Motor Eberswalde« (BBP 8/11) erhält ein städtisches Grundstück im Bereich des Westendstadions zur Erbpacht von 49,60 Euro pro Jahr übereignet. Das sind 0,60 Euro pro Quadratmeter. Der Quadratmeterpreis für die Garagenpacht auf städtischem Grund hingegen, bemerkte der Sachkundige Einwohner Hans-Jürgen Müller, liege bei 3,06 Euro. Die Amtsleiterin des Liegenschaftsamtes Birgit Jahn teilte mit, daß dem Erbbaurechtsvertrag anhand der kreislichen Bodenrichtwertkarte ein angenommener Kaufpreis von 4 € pro Quadratmeter zugrunde gelegt wurde.

Der »Preußen«-Verein will auf dem Grundstück ein Vereinshaus errichten. Der Vereinsvorsitzende Danko Jur teilte mit, daß es dafür bereits einen rechtsgültigen Fördermittelbescheid in Höhe von 100.000 Euro gebe. Die Differenz zu den Gesamtkosten von 120.000 Euro bringt der Verein selbst auf. Der diskutierte städtische Zuschuß wäre damit unnötig.

Der Einzelabgeordnete Dr. Mai, Ingo Postler von der Fraktion FDP/BFB und die Stadtverwaltung äußerten sich positiv. Wolfgang Sachse (Die Linke) erklärte, daß seine Fraktion den Deal mit dem »Preußen«-Verein ablehne. Letztlich sprach sich eine Mehrheit für eine Vergabe des Grundstückes an den »Preußen e.V.« aus.

Neue Spartakus-Kundgebungen

Eberswalde (bbp). Die »Neue Spartakusgruppe« weitet ihre Veranstaltungstätigkeit in Eberswalde aus. Neben der monatlichen Kundgebung am ersten Montag im Monat am Max-Reimann-Denkmal im Brandenburgischen Viertel ist die Gruppe zu den Wochenmärkten dienstags auf dem Eberswalder Marktplatz und mittwochs auf dem Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel präsent. Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 10 Uhr. Die The-

men entsprechen dem Kampfprogramm der Neuen Spartakusgruppe. Versammlungsleiter ist Karl-Heinz Blättermann. Das Polizeipräsidium hat die angemeldeten Versammlung ohne Auflagen bestätigt. Sobald das Wetter Veranstaltungen unter freiem Himmel zuläßt, sagt der Karl-Heinz Blättermann von der Neuen Spartakusgruppe, »geht es mit revolutionärer Disziplin auf friedlicher Schiene weiter – gegen den Unrechtsstaat BRD«.

Imagekampagne von 50 Hertz



»Hauptschwerpunkte für 50Hertz Transmission sind die Verstärkung und der Ausbau des 380-kV-Fernleitungsnetzes auf Hochleistungsbasis und mit Nachhaltigkeit.

Eine langfristig orientierte und zugleich erfolgreiche Unternehmenspolitik berücksichtigt nicht nur technische und ökonomische, sondern auch ökologische und soziale Gesichtspunkte. Sie sind daher integraler Bestandteil des Denkens und Handelns von 50Hertz Transmission. Bis 2020 sollen 30 Prozent der Stromerzeugung in Deutschland durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen und den CO₂-frei produzierten Strom vollständig aufzunehmen und zu transportieren, müssen die vorhandenen Stromtransportnetze im gesellschaftlichen Einvernehmen ausgebaut werden. Als führender Übertragungsnetzbetreiber bekennt sich 50Hertz Transmission zur einhundertprozentigen Integration von erneuerbaren Energien. Daher verfolgte die Gesellschaft auch im Jahr 2009 bei ihren Netzausbauprojekten stets das Ziel, effiziente Technologien unter Berücksichtigung umweltschonender und sozialverträglicher Aspekte und mit einem Höchstmaß an Dialogbereitschaft einzusetzen. Möglichen Irritationen aus der Erweiterung des Höchstspannungsnetzes begegnete 50Hertz Transmission frühzeitig durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit sowie durch offene Diskussionen mit Behörden, Naturschutzverbänden und den Anwohnern im Bereich der Leitungstrassen.« (Aus dem Geschäftsbericht von 50 Hertz Transmission, 2009)

»Stärke und Entschlossenheit demonstrieren«

Am 13. März, 18 Uhr, findet in der Blumberger Mühle eine Info- und Diskussionsveranstaltung des Wirtschaftsministeriums Brandenburg, der 50Hertz-Transmission GmbH und der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat« statt. Minister Ralf Christoffers hat zugesagt. Auch Dr. Freytag, der Leiter des Bergamts wird sprechen. Die 380-kV-Freileitungsplanung, die von 50 Hertz Transmission vorgelegt wurde, ist nicht genehmigungsfähig. Diese Veranstaltung eröffnet uns im noch laufenden Planfeststellungsverfahren noch einmal die Chance den Wirtschaftsminister und die Genehmigungsbehörde mit der Stärke und Entschlossenheit unseres Protestes gegen die Freileitungspläne zu konfrontieren. Deshalb ist es wichtig, daß möglichst viele, die das Freileitungsprojekt ablehnen, erscheinen und auch ihre Meinung kundtun.

HARTMUT LINDNER, Sprecher der BI

Kein gesetzlicher Schutz vor Elektrosmog

Senftenhütte (bbp). »Es gibt keinen gesetzlichen Schutz vor den Auswirkungen von elektrischen und magnetischen Feldern durch Freileitungen.« Zu dieser Erkenntnis kam Hartmut Lindner von der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat!«, nachdem ihm die skandalöse Planung am Nordring-Berlin bekannt wurde. Dort wird in vier Gebieten die 380-kV-Freileitung sehr nah an die Wohnbebauung herangerückt, so daß sich die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg anläßlich des Abschlusses des Raumordnungsverfahrens veranlaßt sah, die Einhaltung von zwanzig (!) Metern Mindestabstand einzufordern. Es war kein Tippfehler. Hartmut Lindner fragte extra bei der Landesplanungsbehörde in Frankfurt/Oder nach, ob da vielleicht eine Null vergessen wurde. »Nein, die Angabe von 20 m ist korrekt«, erhielt er zur Antwort. »Das entsprechende Gesetz, hier die 26. BImSchV, ermöglicht sogar noch geringere Abstände zur Wohnbebauung, sofern die beiden darin festgeschriebenen

Grenzwerte für niederfrequente Elektrofreileitungen (Anh. 2 zu § 3 26. BImSchV: 5 kV/m bei der elektr. Feldstärke und 100 µT bei der magnetischen Flußdichte), nicht überschritten werden.«

Die Einhaltung dieser Grenzwerte sei auch bei geringem Abstand durchaus möglich, »sonst hätte z.B. kein Eigenheimbesitzer der direkt unter oder sehr nahe an der demnächst 'kapazitiv aufzurüstenden' Freileitungstrasse gebaut hat (z.B. in Summt oder Neu-Schwanebeck, dies tun können und auch keine Baugenehmigung erhalten.«. Dort sei die Freileitung teilweise lange vor den Eigenheimen da gewesen. »Sie sehen, einen konkret benannten Mindestabstand zwischen Wohnbebauung und Freileitung gibt es vom Gesetz her nicht. Der Mindestabstand resultiert aus der Beachtung und Einhaltung der nicht zu überschreitenden beiden vorgenannten Grenzwerte.«

Um so wichtiger seien die Proteste, meint Hartmut Lindner. »Es bleibe dabei: Nicht über unsere Köpfe! Keine Freileitungen durch Wohn- und Schutzgebiete!«

Bericht zur »Spendenaffäre«:

Fragen bleiben offen

Die Verwaltung hat nunmehr den Abschlußbericht zu den Beanstandungen aus der überörtlichen Rechnungsprüfung der Stadt aus den Jahren 2005/2006 und zur sogenannten »Spendenaffäre« übergeben. Die Stadtverordneten sollen diesen Bericht billigen und feststellen, daß die Aufarbeitung damit abgeschlossen ist. Weitere Schlußfolgerungen sind im Beschlußvorschlag nicht enthalten.

Die Fraktion Die Fraktionslosen ist mit diesem Bericht nicht zufrieden. Die sogenannte »Spendenaffäre« bleibt völlig unterbelichtet. Beleuchtet wird nur die Verwendung der falschen »Spenden«, mit denen sich EWE und E.on edis für den Verkauf der Stadtwerke »bedankten«. Im Bericht findet sich keine Antwort darauf, wie es zum Spendenkandal und zum letztlich rechtswidrigen Verkauf der Stadtwerkeanteile kommen konnte.

Diese und weitere Fragen bzw. Erwartungen zum Spendenbericht hat unsere Fraktion bereits in der StVV im Juni 2011 benannt. Es ist uns unverständlich, daß diese im Bericht keine Berücksichtigung fanden. Lediglich unsere Feststellung, daß die Technischen Werke Eberswalde die eigentlich Geschädigten der kaufpreismindernden Schmiergelder waren, wurde in den Bericht aufgenommen, aber nur als vage Möglichkeit genannt, die es im Weiteren zu untersuchen gelte.

Die erste Behandlung des Abschlußberichtes im Hauptausschusses im Februar blieb auf »Verständnisfragen« beschränkt, weil es für eine detaillierte Debatte noch zu früh wäre – nach sechs Jahren.

ALBRECHT TRILLER, Die Fraktionslosen

20 Jahre BFG Eberswalde



Die Brandenburgische Freundschafts e.V. Eberswalde begeht in diesem Jahr ihren 20. Jahrestag. Aus diesem Anlaß lädt der Vorstand der Freundschaftsgesellschaft ihre Mitglieder für den 31. März zur Jubiläumsfeier in das Hotel am Brunnenberg recht herzlich ein. Hier soll Bilanz gezogen werden über die erfolgreichen Jahre seit der Gründung der Freundschaftsgesellschaft am 18. März 1992 im Gasthaus am Wald.

WALDEMAR HICKEL, Vorsitzender

Amadeu-Antonio-Straße

Eberswalde (b90/bbp). Im Vorfeld der Februarsitzung der Eberswalder Stadtverordneten appellierte die bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende Karen Oehler an ihre Kollegen, für die Amadeu-Antonio-Straße zu stimmen. »Lassen Sie sich nicht von kleinkrämerischen Bedenken leiten, sondern unterstützen Sie diese Initiative von unten«, erklärte sie. »Die Straßenbenennung wird ein starkes positives Signal in und für Eberswalde setzen und der Stadt Respekt einbringen. Mit dieser verdienten Ehrung Amadeu Antonios zu seinem 50. Geburtstag würde sein trauriges Schicksal dauerhaft im Gedächtnis der Stadt verankert. Die Stadtverordneten und die Bevölkerung würden eindeutig demonstrieren, wo sie stehen und dies auch selbstbewusst vertreten. Bürgermeister Boginski möchten wir an sein Versprechen erinnern, die vorgeschlagene Straßenbenennung nach Kräften zu unterstützen.«

Davon, daß dieser Straßenabschnitt unwürdig für ein Gedenken sei, könne keine Rede sein. »Es ist der Ort, an dem die schreckliche Tat geschah. Hier lebte Amadeu, und hier wurde sein junges Leben zerstört. Mit der Namensgebung wird das für jeden sichtbar mit diesem Bereich der Stadt verbunden. Die Benennung dieser wichtigen, belebten Verkehrsachse nach Amadeu Antonio wäre mutig und ein wirkliches Bekenntnis zu Verantwortung und Toleranz, im Gegensatz zu einem Gedenkstein an einer kaum beachteten Kranzniederlegungsstelle.«

Die Initiative, den Abschnitt der Eberswalder Straße zwischen Heegermühler Straße und Kopernikusring in Amadeu-Antonio-Straße umzubennen, entwickelte die Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«. Rund 1.000 Bürger sowie 19 Vereine und Initiativen unterstützen das Anliegen mit ihrer Unterschrift.

Der Kulturbeirat empfiehlt

Der Kulturbeirat der Stadt Eberswalde empfiehlt den Stadtverordneten, der Umbenennung eines Teils der Eberswalder Straße in »Amadeu-Antonio-Straße« zuzustimmen.

Begründung: Die Bewohner einer Stadt erinnern sich gern an interessante Begebenheiten aus der Geschichte des Ortes. Über die Jahre hinweg jedoch gehen insbesondere die Momente dem Vergessen anheim, die einen Schatten auf das Bild der Stadt geworfen haben. Der Mord an Amadeu Antonio ist ein langer, tiefschwarzer Schatten und es war zudem der erste rassistisch motivierte Mord nach der deutschen Vereinigung. Er war Auslöser eines enormen medialen Echos. Jedoch muß man besonders hervorheben, daß diese Untat auch der Ausgangspunkt für viele noch heute in der Stadt und der Region aktive antirassistische Initiativen ist. Somit steht das mutwillige Auslöschen eines Menschenlebens für das Einsetzen eines breiten gesellschaftlichen Prozesses in der Stadt. Die Bürger der Stadt können

Fortsetzung auf Seite 5



Stadtwall mit Promenade

Die »Stadtpromenade am Finowkanal« gelangte jüngst in die Schlagzeilen der regionalen Tagespresse. Viele Menschen zeigten sich erschrocken darüber, in welchem Ausmaß der Baumbestand der »malerischen Uferlandschaft« (A. Timm) am Finowkanal den Promenadenplänen zum Opfer fiel. Der Wall, der Kanal und Stadt trennt, soll den Planungen entsprechend weiter aufgeschüttet, zu einem Glacis erweitert werden.

Trotz erheblicher Einwände (vgl. »Sandberge in der Flußbaue« in BBP 5/2011 und »Nur Detailgestaltung noch offen« in BBP 6/2011) hielt sich die Stadtverwaltung weitgehend an die Vorplanung, die von den Stadtverordneten im April 2011 beschlossen worden war, selbst aber auf dem Siegerentwurf eines schon lange vorher als »Angelegenheit der laufenden Verwaltung« ausgelobten »Ideen- und Realisierungswettbewerb« beruhte. Die Entwurfsplanung und der Baubeschluß zur »Stadtpromenade« wurde von der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2011 dann ohne weitere Diskussion durchgewunken. Am 29. Februar übergab Bauminister Vogelsänger den Fördermittelbescheid. Insgesamt sollen 3,8 Millionen Euro in die »Stadtpromenade am Finowkanal« verbaut werden, davon 2,8 Millionen Euro aus Mitteln der Europäischen Union. Um soviel Geld zu verbrauchen muß ordentlich Sand aufgeschüttet und viel Beton vergraben werden.

Die »Stadtpromenade« räume eine historische Chance ein, sagte Baudezernentin Anne Fellner 2011, »um eine neue Begegnung zwischen Stadt und Landschaft zu schaffen«. Da könne es »verschiedene Entwurfsphilosophien« geben. Die Stadt Eberswalde bekennt sich einmal mehr zur Betonphilosophie, von der manche glaubten, sie sei 2006 mit dem damaligen Bürgermeister abgewählt worden. Damit einhergehend hat auch dessen »Fördermittel abreifen«-Philosophie die Zeiten überdauert, darin bestehend, für Einzelprojekte möglichst viel Fördergeld zu aquirieren, und dabei städtebauliche Zusammenhänge außer acht zu lassen.

Freilich, der Ideen- und Realisierungswettbewerb zur »Stadtpromenade« ging lange vor Fellners Amtsantritt über die Bühne. Gerade im Baubereich braucht ein Paradigmenwechsel Zeit. Allerdings fehlt bislang jeder Hinweis, daß so etwas zu erwarten ist.

Einer »neuen Begegnung zwischen Stadt und Finowkanal«, die uns mit der »Stadtpromenade« versprochen wird, stehen gewichtige historisch gewachsene Hindernisse im Wege. Vor allem mit der riesenhaften Aufschüttung der großen Kreuzung vor der Friedensbrücke entstanden Tatsachen. 1945 waren die flache Hubbrücke

über den Finowkanal und große Teile der Altstadt zerstört. Die neue Brücke war zunächst aus Holz. Für eine neue Hubbrücke fehlten die Mittel. Da lag es nahe, aus den Trümmern der Innenstadt die Rampe für die neue Brücke aufzuschütten. Nicht schön, aber praktisch.

Allerdings lag der Finowkanal lag immer AVOR dem Stadttor, wo es Wirtschaftsbauten gab, wie die Stolz'sche Mühle. Dort luden die Eberswalder ihren Schutt und ihren Müll ab. Der Weinberggraben, einst der Schwärze-Lauf, liegt etwa auf ursprüngliche Geländehöhe. Die Aufschüttung der Straßenkreuzung wird inzwischen gestützt durch das bunkerartige Parkhaus auf dem ehemaligen Mühlenteich. Für die »Begegnung« zwischen Stadt und Kanal müßten Trümmerberg und Parkbunker abgetragen werden und die Querung des Finowkanals für den Verkehr der Breiten Straße unterhalb der Stadtschleuse verlaufen.

Das wiederum ist nur im Rahmen einer Gesamteberswalder Verkehrslösung denkbar, deren Diskussion seit fünfzehn Jahren unter Verweis auf die sogenannte Umgehungsstraße B167-neu regelmäßig abgewürgt wird. Die neue Schnellstraße löst kein innerstädtisches Verkehrsproblem, verstärkt sogar die Verkehrsbelastung der Breiten Straße. Die Kanalquerung östlich der Stadtschleuse war bereits Bestandteil des »Eberswalder Schwungs«, in dessen Planung die Stadt vor mehr als zehn Jahren schon mal mindestens 100.000 Euro investierte. Als Anbindung nach Osten käme die Schellengrundtrasse oder eine Verlängerung der Marienstraße in Betracht. Auf die notwendige Sanierung der Friedensbrücke könnte so verzichtet werden. Für die nötige Entlastung der Eisenbahn- und Bergerstraße könnte der Ausbau des Lichterfelder Weges sorgen.

Mit den fast 4 Millionen Euro, die nun für die Betonierung des Finowkanalufers ausgegeben werden, hätte beispielsweise die Verbindung über den Lichterfelder Weg zum Großteil finanziert werden können. Doch nun wird Sand aufgeschüttet, statt die große Kreuzung abzutragen – oder zumindest die Möglichkeiten dazu offen zu lassen.

GERD MARKMANN

Weltoffenheit und Transparenz im Rathaus?

Über die regionale Tageszeitung werden derzeit stückweis die »aktuellen Wasserstandsmeldungen« zu den in Hinterzimmern geführten Debatten zu einer im Eberswalder Ortsteil Finow gewünschten Amadeu-Antonio-Straße der Öffentlichkeit präsentiert.

Dem vorausgegangen war ein »Affentheater« – so die Heldin des Eberswalder Ehrenamtes 2011 und »Enfant terrible« der Eberswalder Kulturszene sowie Mitglied des städtischen Kulturbeirates Veronika Brodmann in der Februarsitzung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung. Nach dieser Stadtverordnetenversammlung gab es eine Gesprächsrunde des Bürgermeisters mit den Fraktionsvorsitzenden und Abgesandten der Kampagne »Light me Amadeu« (übersetzt: »Entzünde mich Amadeu«) und des städtischen Kulturbeirates. Warum fehlten die Vorsitzende des zuständigen Fachausschusses Angelika Röder und der zuständige Ortsvorsteher Arnold Kuchenbecker?

Ich frage auch, wieso die Stadtverordneten zu den erzielten Zwischenergebnissen des »Basars der Möglichkeiten eines ehrenvollen Gedenkens« von der Stadtverwaltung nicht umgehend informiert wurden.

Nachfolgend einige Anmerkungen zum bisherigen Procedere. Nach Bekanntwerden des Anliegens Ende 2010/Anfang 2011 habe ich den InitiatorInnen dringend angeraten, mit der Bevölkerung, insbesondere des betroffenen Ortsteils Finow und des benachbarten Brandenburgischen Viertels zu diesem hochsensiblen Thema ins Gespräch zu kommen. Um so mehr war ich verwundert, als ich Mitte August 2011 in mehreren regionalen und überregionalen Tageszeitungen (Märkische Oderzeitung, Berliner Zeitung, Neues Deutschland, Lausitzer Rundschau, Märkische Allgemeine) lesen konnte, daß – in der Mehrheit NichtteberswalderInnen – den JournalistInnen in die Notizblöcke diktieren, die gewünschte Umbenennung wäre nur ein formaler Akt und der entsprechende Antrag würde mühelos den zuständigen Fachausschuß und die Stadtverordnetenversammlung passieren.

Daß dem bei weitem nicht so ist, mußte die dreiköpfige Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, die das Begehren der InitiatorInnen in die September-Sitzung 2011 des zuständigen Fachausschusses Kultur, Soziales und Integration einbrachten, erfahren. In dieser Sitzung habe ich sehr eindringlich auf große Vorbehalte in der EinwohnerInnenschaft in den Ortsteilen Finow (8.526 EW) und Brandenburgischen Viertel (6.507 EW), einschließlich bei einem Großteil der im relevanten Teilstück der Eberswalder Straße ansässigen Betriebe aufmerksam gemacht.

In der Mehrheit der geführten Gespräche mit den BürgerInnen gab es Konsens, daß die rassistische Tat vom November 1990 verabscheuungswürdig und zu verurteilen ist. Einigkeit herrscht auch darüber, daß damit das Image von Eberswalde nachhaltig beschädigt wurde. Dennoch gibt es Zweifel und Ablehnungen, insbesondere auch unter den SeniorInnen.

Viele fragten mich, ob die avisierte Teilstraßenumbenennung noch die zeitgemäße Form für ein nachhaltiges Gedenken ist. Vielfach wurde ich mit Fragestellungen konfrontiert: Warum keine Straßenumbenennung nach Ulrike Brandt, die bestialisch ermordet wurde? Oder nach Falko Lüdtke, den in der Spechthausener Straße ein Nazi vor ein fahrendes Taxi warf? Warum keine Straße zum Gedenken an die beiden Mitarbeiter der Tankstelle Buckowsee (einer wohnte im Brandenburgischen Viertel), die Anfang der 90er Jahre während ihrer Arbeit kaltblütig erschossen wurden? Im Ergebnis der kontroversen Debatte zog damals die einreichende Fraktion den Antrag zurück.

Zwischenzeitlich gab es die Intention eines Abgeordneten der LINKEN, den Parkplatz an der ehemaligen Chemischen Fraktion nach Amadeu Antonio zu benennen. Angesichts der Absurdität wurde das schnell wieder vergessen.

In der Dezember-Sitzung des Kulturausschusses bat ich erneut darum, daß die InitiatorInnen in den Ausschuß kommen und daß sie mit den EinwohnerInnen und den betroffenen Unternehmen zeitnah das Gespräch suchen.

Nach der »parlamentarischen Winterpause« waren im Februar Mitglieder der Kampagne »Light Amadeu« im Ausschuß. Der intellektuelle Vordenker der Kampagne Dieter Gadischke, Kreisjugendwart der Evangelischen Kirchengemeinde Barnim, schilderte die Sicht der InitiatorInnen. Leider blieb es beim Vermitteln der politischen Großwetterlage. Konzeptionelle und strategische Ansätze der Kampagne habe ich vermißt. Meinerseits habe ich der Kampagne ins Stammbuch schreiben müssen, daß wir nicht nur täglichen Rassismus in der Hautfarbe erleben. Diskriminierung, Ausgrenzung und Mobbing sind in dieser Gesellschaft Gang und Gebe. Gegenüber den Beschäftigten, ihren Betriebs- und PersonalrätInnen, kirchlichen Mitarbeitervertretungen, Gewerkschaftsmitgliedern, kritischen Zeitgeistern, die nicht mit dem lokalen und regionalen Mainstream mit schwimmen, und auch gegenüber Menschen mit Behinderungen und »Hartz4-lem«. Dies ist leider auch in Größenordnungen für die Kirchen zu konstatieren.

Es wird höchste Zeit, über die gesellschaftlichen Ursachen von Rassismus, Antisemitismus, Ausgrenzung und Rechtsextremismus zu sprechen.

Leider gibt es viele gesellschaftliche Trittbrettfahrer, die Rechtsextremismus und Rassismus, oft zur Fremdenfeindlichkeit verharmlost, zurecht verurteilen, Weltoffenheit und Toleranz predigen, aber in beruflichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen genau den Nährboden für Nazis entstehen lassen.

Eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung 2010 zu rechtsextremen Einstellungen in der BRD zeigt erschreckende Zahlen auf, wie hoch rechtsextremes Gedankengut in der Gesellschaft, insbesondere in Parteien und Gewerkschaften verinnerlicht ist. Hier als Beispiel die Ergebnisse zum Kriterium Ausländerfeindlichkeit. CDU/CSU: 37,4 %, SPD: 33,3 %, FDP: 36,4 %, Bündnis 90/Die Grünen: 16,0 %, DIE LINKE: 25,6 %, Rechtsextreme Parteien: 70,0 %, Gewerkschaften: 26,8 % (Mitglieder), 24,1 % (Nichtmitglieder).

Im Ausschuß entzündete sich eine kontroverse Debatte. Einen konstruktiven Vorschlag brachte Götz Hermann (FDP/Bürgerfraktion) ein. Man solle über eine qualifiziertere Form des Gedenkens z.B. durch Errichten einer Gedenkstätte am Ort des Geschehens nachdenken. Das soll nicht unerwähnt bleiben.

Zur Abstimmung lag der unveränderte Beschlußantrag der bündnisgrünen Fraktion vor. Es gab das bekannte knappe Ergebnis von 5 zu 4 gegen den Antrag (NEIN: FDP/Bürgerfraktion, SPD, CDU, Die Fraktionslosen; JA: DIE LINKE, SPD, B90/Grüne).

Die Erklärung des städtischen Kulturbeirates und der Appell von Karen Oehler (parteilose Fraktionschefin der Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen) zeugen von wenig Realitätsinn. Ich habe die Hoffnung, daß von den InitiatorInnen aber auch vom Kulturbeirat, dem SeniorInnenbeirat sowie dem Kinder- und Jugendparlament ein offener Dialog organisiert wird, in dem endlich mit den betroffenen EinwohnerInnen, dem Finower Ortsvorsteher, aber auch den betroffenen Unternehmen eine tabulose Debatte geführt wird. Und, daß sich auf eine Konsenslösung geeinigt werden kann.

CARSTEN ZINN

Stadtverordneter (Mitglied im Ausschuß für Kultur Soziales und Integration),
Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel

Fortsetzung von Seite 4:

Der Kulturbeirat empfiehlt

mit der Umbenennung eines Straßenteilschnittes also ein deutliches Zeichen der Stärke und des Selbstbewußtseins setzen. Die Eberswalder halten am tatsächlichen Tatort das Gedenken an das Opfer aufrecht; auch um weiteren ähnlichen Taten vorzubeugen.

Aus der Sicht des Kulturbeirates ist eine pragmatische, materiell begründete Diskussion um die für die vergleichsweise wenigen Straßenanrainer anfallenden Kosten der Namensänderung unwürdig. Die Debatte wird damit in unhaltbarer Weise vom Inhalt abgelenkt. Nicht zuletzt ist damit eine äußerst negative Außenwirkung, auch in den Medien, vorhersehbar.

ANDREAS GLÄßER, Vorsitzender Kulturbeirat

Die Krise machte stark

Eberswalde (prest-bar). Der Landkreis Barnim habe von der Umsetzung des Konjunkturpaketes erheblich profitiert, teilt die Sekretärin des Landrates Sandra Lange mit. »Das Ziel, stärker aus der Krise herauszukommen, als wir hineingegangen sind, wurde erreicht.« Die Barnimer Kommunen und die Kreisverwaltung haben insgesamt fast 18 Millionen Euro für 93 verschiedene Maßnahmen ausgegeben. Die größte Einzelmaßnahme war der Neubau einer KITA in Panketal (rund 1,5 Millionen Euro). Die kleinste Investition war der Neubau eines Fahrradunterstellplatzes in Rüdnitz (9.000 Euro). Die Kreisverwaltung investierte schwerpunktmäßig u.a. in die Bildungsinfrastruktur. So wurden am Barnim-Gymnasium fast 650.000 Euro verbaut.

Barnimer Tierschutzpreis

Melchow (prest-bar). Im Jahr 2012 erhalten Dr. Andreas Valentin und der Verein Pflegestation für Wildtiere e.V. den Barnimer Tierschutzpreis, den es in diesem Jahr zum zweitenmal gibt. Erstmals hatte der Landkreis Barnim den Tierschutzpreis 2010 ausgelobt und 2011 vergeben. Die Fälle von Tierschutzvergehen sind im Barnim in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. »Wir wollen mit dem Preis die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer würdigen, die sich kontinuierlich für den Schutz und das Wohlergehen der Tiere einsetzen«, begründet Landrat Bodo Ihrke die Initiative. Bis dato wurden ehrenamtliche Aktivitäten eher auf anderen Gebieten geehrt, wie dem Katastrophenschutz, dem Jugend-/Freizeitbereich oder der Kultur.

Die Melchower »Pflegestation für Wildtiere e.V.« um Dr. Andreas Valentin ging aus insgesamt 6 Einsendungen als Preisträger hervor. Der Verein hat sich 1995 aus einer Gemeinschaft von Natur- und Umweltschützern in Melchow gegründet. Seitdem werden in der Station jährlich zwischen 500 und 700 Wildtiere versorgt. Dr. Valentin ermöglicht mit dem nötigen Wissen und einer langjährigen Erfahrung die bestmögliche Versorgung der Wildtiere. Die Pflegestation für Wildtiere schließt damit die Lücke zwischen dem rechtlich verankerten Tierschutz und dem ethischen Anspruch des Tierschutzes für alle, freilebende Wildtiere eingeschlossen.

Zum Tierschutzpreis

Vorschlagsberechtigt sind alle Barnimer Bürgerinnen und Bürger, sowie alle Vereine, Verbände, Behörden oder Einrichtungen, die sich mit Tierschutzthemen befassen. Selbstvorschläge sind nicht möglich. Die formlosen Vorschläge für den Tierschutzpreis müssen Angaben zur Person oder Institution enthalten und die Art des Einsatzes beschreiben.

Der Tierschutzpreis wird vom Landrat des Landkreises Barnim vergeben. Er ist mit 300 Euro dotiert. Über die Preisvergabe entscheidet der Landrat nach Vorauswahl durch die Sozial- und Umweltdezernentin und den Amtstierarzt des Landkreises Barnim.

Kreisverwaltung stapelt tief

Zum Jahresergebnis 2010 des Landkreises Barnim

Auf der Kreistagssitzung am 29. Januar legte die Kreisverwaltung u.a. den Jahresabschluss für das Jahr 2010 vor. Der Abgeordnete ALBRECHT TRILLER vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde äußerte sich dazu wie folgt:

Mit Vorlage des Jahresabschlusses zeigt sich erst endgültig, ob die Planung des Landkreises auch aufgegangen ist.

»Der Plan ist der Ersatz des Zufalls durch den Irrtum«. Diese ironisierende Bewertung der Planung zu DDR-Zeiten ist Ihnen sicher allen bekannt. Daran werde ich beim Lesen des Jahresabschlusses 2010 erinnert. Zwar ist der Irrtum überaus positiv, aber trotzdem muß man diesen hinterfragen.

Worum geht es? Auf Seite 17 des Schlußberichtes wird das Jahresergebnis wie folgt ausgewiesen:

Fortgeschriebener Ansatz 2010

Gesamtüberschuß: minus 8.775.587,75 Euro

Ergebnis 2010: plus 2.887.605,37 Euro

Differenz: plus 11.663.193,12 Euro

Das heißt, daß das Ergebnis 2010 um gut elfeinhalb Millionen Euro besser war, als laut fortgeschriebenem Ansatz eingeschätzt wurde. Liegt darin also ein Irrtum? War zum Zeitpunkt der letzten Fortschreibung des Planansatzes nicht erkennbar, daß das Ergebnis viel besser sein würde? Oder mangelte es an Befähigung, das voraussichtliche Ist richtig einzuschätzen?

Klimaschutz-Inspirationen für die Verwaltung

Mehrere Verwaltungsangestellte der Stadt Eberswalde haben einen fünfmonatigen Weiterbildungskurs zum kommunalen Klimaschutz abgeschlossen. Dabei durften sie ganz neue Lernmethoden ausprobieren. »Blended Learning« heißt die Mischung aus internetbasiertem Lernen über die gemeinsame Plattform und den fünf gemeinsamen Vormittagen zur Vertiefung des Gelernten und zur Entwicklung eigener Ideen. Wo und wie die Stadt Energie einsparen kann und warum dies dringend notwendig ist, darum ging es für die sechs Eberswalder Mitarbeiter/innen und die Mitarbeiterin aus Prenzlau. Der Kurs wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg und der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde organisiert und läuft im Rahmen des EU-geförderten Programms BEAM 21.

So durften die Angestellten aus verschiedenen Fachbereichen in den letzten Wochen in Gedanken den Verkehr der Stadt auf Klimaschutzaspekte hin neu planen. Sie durften sich überlegen, welcher der perfekte Energiemix 2030 wäre oder wie man noch mehr Bürger zum Klimaschutz animieren kann. Wie kann die Verwaltung bei der eigenen Beschaffung »grüner« werden und wie schaffen wir es, gemeinsam und sozialverträglich unseren Gebäudebestand fit fürs 21. Jahrhundert zu machen? Zur Inspiration bekamen die Kursteilnehmerinnen eine Vielzahl an zukunftsweisenden Praxisbeispielen aus anderen Städten Europas ge-

zeigt. Am Ende stehen für jeden Mitarbeiter ein persönlicher Energieaktionsplan und ein eigenes kleines Projekt, das man sich ab sofort vornimmt. Infoabende für Bürger, Energieschulungen für Erzieher und Lehrerinnen und viele andere Ideen werden nun weitergedacht. Beim Klimaschutz können alle gewinnen. Jeder Ort und jeder Bürger kann zur Umsetzung der Energiewende beitragen. Eberswalde ist für dieses EU-Projekt eine von 50 Pilotstädten in ganz Europa. Ähnliche Fortbildungen gibt es gleichzeitig auch in Frankreich, Polen, Litauen, Lettland, Österreich, Tschechien, Bulgarien und Rumänien. Ab März geht BEAM 21 in die zweite Runde, dann mit Lokalpolitiker/innen und interessierten Bürger/innen aus Eberswalde und dem Kreis Barnim.

Diese geschilderte Praxis ist kein Novum des Jahresabschlusses 2010, sondern wird seit vielen Jahren geübt. Sie nimmt damit den Kreistagsabgeordneten Gestaltungsspielraum in ihrer Haushaltspolitik. Deshalb muß von der Verwaltung eine exaktere Voreinschätzung der Ergebnisentwicklung gefordert werden.

LASSE BRAND, Heinrich-Böll-Stiftung Brbg.

LASSE BRAND, Heinrich-Böll-Stiftung Brbg.

LASSE BRAND, Heinrich-Böll-Stiftung Brbg.

LASSE BRAND, Heinrich-Böll-Stiftung Brbg.

Katasteramt nach Schwedt?

Eberswalde (hbp). Die Kreisverwaltung untersucht derzeit, ob es für die Landkreise Barnim und Uckermark sinnvoll sein könnte, ihre Kataster- und Vermessungsämter künftig gemeinsam zu betreiben. Darüber informierte Kreisdezentern Dr. Jörg Mocek auf Anfrage der Linken-Fraktionsvorsitzenden Margitta Mächtig. Dr. Mocek betonte, daß es sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt um »interne Vorarbeiten« handle. Eine Entscheidung zu dieser Thematik sei in nächster Zeit nicht zu erwarten.

Nichts spricht fürs HOKAWE!

Was treibt den Landrat, das HOKAWE betreiben zu wollen? Offiziell sind es »Argumente«, besser Schlagworte oder Worthülsen, wie Null-Emissions-Strategie, erneuer:BAR, Klimawandel und Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit. Bei näherer Betrachtung erweist sich alles als löcherig wie ein Schweizer Käse. Wissenschaftler, Waldexperten und die Holzwirtschaft haben nachgewiesen, daß Holzverbrennung in dieser Weise nicht nachhaltig und auch nicht wirtschaftlich ist. Mit Nullemission hat das nichts zu tun. Selbst die vom Landrat bezahlten Gutachter machten deutlich, daß die Risiken schwer kalkulierbar sind und sie hüten sich davor, Handlungsempfehlungen auszusprechen. Diesen »Schwarzen Peter« wälzen sie auf die Politik ab. Zu deutsch: Ihr Kreisatagsabgeordnete müßt entscheiden! Ich habe am 29.02.2012 versucht, den Kreistagsabgeordneten noch einmal die Situation zu erläutern und folgendes gesagt:

Sicher haben Sie auch das Interview von Landrat Bodo Ihrke zum HOKAWE mit der MOZ gelesen. Es ist in der Ausgabe vom 07.02.2012 abgedruckt. Herr Ihrke spricht davon, daß das HOKAWE neben Strom auch Fernwärme produzieren kann und daß das betriebswirtschaftlich und ökologisch machbar ist. Ein Gutachten bestätigte das. Mir ist dazu folgendes aufgefallen:

Herr Ihrke sagt: Das HOKAWE als Fernwärmelieferant garantiert geringe Heizkosten für unsere Bürger. Richtig ist: Herr Ihrke sieht als einzigen Abnehmer für die Fernwärme die EWE, die dann den Bürgern die Wärme verkaufen soll. Den Preis bestimmt die EWE. Herr Ihrke kann ihn nicht beeinflussen. Es ist ja noch nicht einmal geklärt, ob die EWE die Wärme überhaupt abnehmen will und – wenn ja – zu welchem Preis.

Herr Ihrke sagt: Das HOKAWE verbessert unsere Klimabilanz. Richtig ist: Das HOKAWE emittiert pro Jahr 250.000 t Kohlendioxid, so viel wie ein Braunkohlekraftwerk vergleichbarer Leistung. Diese Menge wird klimawirksam. Die angebliche Einsparung von Kohlendioxid ist nichts weiter als ein Definitionstrick.

Herr Ihrke sagt: Die einkalkulierten Gewinne kommen allen Bürgern des Landkreises zugute. Richtig ist: Es gibt gar keine echten Gewinne. Die sogenannten Gewinne bestehen aus Bonuszahlungen an das HOKAWE, die alle Bürger letztlich über die von ihnen geforderten Strom- und Wärmepreise selbst finanzieren. Durch das HOKAWE werden weder Strom noch Wärme billiger.

Herr Ihrke sagt: Für das HOKAWE gibt es 5 Millionen Euro Anschubfinanzierung vom Landkreis. Die restlichen 11,8 Millionen Euro finanziert die zu gründende Tochtergesellschaft des Kreises. Richtig ist: Die Gesellschaft wird eine 100%-Tochter des Kreises sein. Letztlich finanziert also doch der Kreis, d.h. der Bürger. Er trägt auch alle Risiken und die Belastung durch Kredite. Wenn sich das HOKAWE wirklich rechnen würde, dann hätte es nicht Insolvenz anmelden müssen.

Herr Ihrke sagt: Der Gesamtbedarf des HOKAWE könnte in der Zukunft regional aus Energieholz genommen werden. Richtig ist: Selbst ein Radius von 160 km um das HOKAWE reicht nicht aus, um den Energieholzbedarf zu decken. Es bleibt eine Lücke von mindestens 50.000 t Holz, das in besserer Qualität

auf dem freien Markt – zu Marktpreisen versteht sich – gekauft werden muß. Sonderkonditionen gibt es nicht mehr. Daran ist das HOKAWE letztlich gescheitert und daran wird jeder Betreiber scheitern.

Das alles haben die Kreistagsabgeordneten kommentarlos zur Kenntnis genommen. Ende März/ Anfang April 2012 soll es einen Sonderkreistag geben – nur zu diesem Thema. Ein Umdenken in der Kreisverwaltung ist – allen Argumenten zum Trotz – nicht festzustellen.

Bei der Suche nach den Gründen fällt folgendes auf: Das Konzept des Landrats – oder ist es gar ein Auftrag? – paßt genau zur Konzeptionslosigkeit von Bundes- und Landesregierung in der Energiepolitik.

Darüber hat die Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm (Grüne) in einem Rundbrief informiert. Darin heißt es unter der Überschrift »Waldstrategie: Holzwirtschaft wird verheizt«: Nach Expertenaussagen soll in Deutschland 2020 vor allem aufgrund der steigenden Holzenergienutzung eine Holzlücke von über 30 Mio Kubikmetern klaffen. Die Bundesregierung hat aber kein Konzept, um darauf zu reagieren. Das dokumentiert sie mit ihrer Waldstrategie 2020. Darin läßt sie dem Ausbau der Holzenergienutzung, auf deren Konto die Holzlücke den Prognosen zu Folge vor allem gehen wird, weiterhin freien Lauf. Wer erwartet hatte, daß die energetische Verwendung von Holz nun zu Gunsten der stofflichen Nutzung zurückgefahren wird, wird enttäuscht.

Wenn die Entwicklung aber so weiter geht, werden der Wald und sein Holz in immer größeren Teilen verfeuert. So fährt die Bundesregierung bedeutende Teile der Holzwirtschaft sehenden Auges an die an die Wand.

Damit wird eines klar: Das Konzept des Barnimer Landrats entspricht zu 100% der Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung im Umgang mit unserem Wald. Der Landrat hat also starke Verbündete. Wir dürfen auf den Sonderkreistag gespannt sein.

JOHANNES MADEJA,

Kreistag Barnim, Fraktion BVB/ Freie Wähler

Informations- und Diskussionsveranstaltung

Nabu-Infozentrum Blumberger Mühle
Dienstag, 13.3.2012, Beginn 18 Uhr.
Es laden ein: Wirtschaftsministeriums Brandenburg, 50Hertz-Transmission GmbH und die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat«

»Gefühlsbestimmt«

Am 4. Januar wurde dem Arbeitskreis HOKAWE der Entwurf des Gutachtens zum Erwerb des Holzkraftwerkes vorgestellt. Am 9. Januar konnten die Fraktionen letzte Fragen an die Gutachter stellen. Seither ist offiziell »still ruht der See«. Es gibt auch keine Informationen darüber, ob sich aus den Fraktionsberatungen noch etwas ergeben hat.

Dankbarerweise nahm sich die Presse dieses Themas an. Es wäre nie seine »Absicht gewesen, die Debatte über Für und Wider eines Kaufs des insolventen Holzkraftwerks Hokawe durch den Landkreis abzuwürgen«, wird Landrat Ihrke zitiert. Aber letztlich gefällt ihm die öffentliche Diskussion nicht. Die Debatte kommt Ihrerke »eigentlich zu früh«. »Erst Ende dieses Monats werden wir alle Fakten zu den ökonomischen und ökologischen Folgen einer Hokawe-Übernahme auf dem Tisch haben«. Die Diskussion würde vor allem durch Gefühle bestimmt. Aber diese Diskussion ist richtig und notwendig. Es liegt ein Text vor, den der Landrat als Abschluß der gutachterlichen Arbeit darstellt, der bestenfalls noch eine redaktionelle Bearbeitung erfahren sollte. Das Gutachten beantwortet aber längst nicht alle Fragen und Erwartungen. Inzwischen gibt es weitere gewichtige Aussagen.

So hat Gregor Beyer (FDP) auf eine Kleine Anfrage im Landtag die Antwort erhalten, daß nicht genügend Energieholz für das HOKAWE zur Verfügung steht. Es gibt den Brief der Holzindustrie GmbH Templin wegen der Rohstoffverknappung und die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Rohholzverbraucher zum Entwurf der Brandenburger Energiestrategie 2030, die wegen der bereits existierenden Überkapazitäten der Holz- und Energiewirtschaft in Brandenburg für die Zukunft eine weitere Verschärfung der Nutzungskonflikte auf dem Rohholzmarkt vorher sieht. Und es gibt den warnenden Leserbrief von Dr. Martin Jenssen vom Waldkunde-Institut Eberswalde. Und nun liegt auch noch eine Stellungnahme einer Gruppe von Professoren der HNE um Prof. Dr. Ibisch vor, die höflich und rücksichtsvoll, aber ebenso unmißverständlich aussagt, daß das HOKAWE aus ökologischer Sicht nicht zu vertreten ist.

Und da redet Herr Ihrke von einer »gefühlbestimmten« Diskussion. Da werde ich das »Gefühl« nicht los, daß er mit einer solchen Bewertung die Debatte nur klein reden und sich um die ernsthafte Auseinandersetzung mit den Argumenten drücken will. Tatsächlich steht aber die Frage im Raum, ob die Kaufabsichten überhaupt weiterverfolgt werden sollen.

Deshalb, Herr Ihrke, mal ganz feinfühlig gesagt, stellen Sie sich den berechtigten Argumenten jetzt und nutzen Sie die Zeit zur Debatte jetzt, damit am Ende nicht noch unter Zeitdruck eine gefühlsbestimmte und sachlich nicht untersetzte Entscheidung in Sachen Erwerb des HOKAWE getroffen wird.

ALBRECHT TRILLER 7

»Holz ist verfügbar«

Die Auswirkungen des Einsatzes qualitativ hochwertiger Holzqualitäten als Brennstoff auf den Markt werden nicht mehr bestritten. Auch ist nicht mehr von einer grundsätzlich positiven CO₂-Bilanz die Rede. Jetzt heißt es nur noch, daß der Verzicht auf fossile Brennstoffe »definitiv« positiv zu werten ist. Das wird von niemandem bestritten! Holzkraftwerke, für die es nicht genügend Holz gibt, heizen die Verknappung an wertvollerem Holz an, wirken als Preistreiber und schaden der richtigen Idee, Elektroenergie und Wärme vorrangig aus erneuerbaren Energiequellen nutzen zu wollen.

Das Holzaufkommen aus den Wäldern des Barnim, D- und C- Qualität, deckt nur 25 % des Holzbedarfs des HOKAWE (25 % des Waldes im Barnim ist Naturschutzgebiet). Damit ist die Vorstellung des Landrates, vorzugsweise mit Holz »aus der Region« arbeiten zu wollen, nicht realisierbar. Das Holz muß von weither herangeschafft werden. Es wird also höherwertiges Holz eingesetzt, Holz aus noch größeren Entfernungen herangeschafft und selbst der Holzimport ist nicht ausgeschlossen. Das geht natürlich zu Lasten der Nachhaltigkeit.

»Mehrheit ist Unsinn«

Man ist begeistert von der Europahymne, deren Text von Friedrich Schiller stammt. Dieser Text entstand mit seiner Begeisterung für die Französische Revolution.

Kaum jemand weiß, und Regierende sind nicht an einer Verbreitung interessiert, daß er zum Ende seine Meinung geändert hatte. Dies kam in seinem Drama »Demetrius« zum Ausdruck (Dieses Werk war nicht leicht preiswert zu erhalten. Ich habe kürzlich eine Reclam-Ausgabe erwerben können).

Im Todesjahr begonnen, wäre das Drama wohl das gewaltigste geworden, was Schiller geschrieben hat. Im Nachlaß des 46jährigen fand sich eine Fülle von Plänen. Desillusioniert durch die Realitäten während und nach der Französischen Revolution war Schillers Jugendideal, eine Gesellschaft freier mündiger Bürger, zerbrochen. Die Problematik der moralische Degeneration revolutionärer Bewegungen, begleitet von stumper Apathie großer Teile des »Volkes«, ist wohl bis auf den heutigen Tag hochaktuell geblieben.

Im Abschnitt 470 ist folgendes zu lesen:
*Was ist Mehrheit?
 Mehrheit ist Unsinn,
 Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen.
 Bekümmert sich ums ganze, wer nichts hat?
 Hat der Bettler eine Freiheit, eine Wahl?
 Er muß dem Mächtigen,
 der ihn bezahlt,
 um Brot und Stiefel seine Stimm' verkaufen.
 Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen.
 Der Staat muß untergeh'n,
 früh oder spät,
 wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.*
 (Friedrich Schiller: Demetrius - Fragment)
 KLAUS MEIßNER

Teurer Klimakiller HOKAWE

In ihrer Ausgabe vom 7. Februar veröffentlichte die Eberswalder Regionalausgabe der Märkischen Oderzeitung unter der Überschrift »Alles spricht fürs HOKAWE« ein Interview mit Landrat Bodo Ihrke. Ich beschränke mich mit meiner Kritik auf nur drei Aussagen des Landrats: »Holz ist verfügbar«, »garantiert geringe Heizkosten für unsere Bürger« und »verbessert unsere Klimabilanz«.

Prof. Dr. Murach (HNE Eberswalde) zitiert in »Dendromassepotentiale am Beispiel forst- und landwirtschaftlicher Flächen in Brandenburg« das Landeskompentenzentrum Forst Eberswalde zur Holzbilanz Brandenburg: »Fazit der Untersuchungen der LFE: In Brandenburg übersteigt der Bedarf bereits jetzt das modellierte nachhaltig aktivierbare Angebot um ca. 1 Mio m³(f), in wenigen Jahren möglicherweise schon 2 Mio m³(f).«

Auf eine kleine Anfrage von Gregor Beyer, FDP, am 10.11.2011 im Landtag Brandenburg antwortete die Landesregierung:

Frage: »Ist es richtig, daß es schon heute nach den Maßstäben der einmaligen Vereinbarungen mit der HOKAWE Eberswalde GmbH nicht mehr möglich ist, die damals vertraglich vereinbarte Holzmenge im Sortiment Energieholz aus dem Landeswald zu liefern und daß es dadurch erforderlich würde, diese durch Lieferungen höherwertiger Sortimente auszugleichen?«

Antwort: »Ja, das verfügbare Aufkommen an Energieholz nach den Maßstäben des Vertrages in diesem Raum reicht nicht aus.«

Wie sich Aufkommen und Bedarf in der Zukunft entwickeln, ist im »Final report Real potential for changes in growth and use of EU forests – EUwood« dargestellt, der von Prof. Dr. U. Mantau, Hamburg und anderen vorgelegt wurde. Für Deutschland wurden folgende Zahlen zur Waldressourcenbilanz vorgelegt:

	Bedarf (Mio m ³)	Potential (Mio m ³)
2010	125,3	140,0
2020	190,9	155,5
2030	238,7	165,6

Deutschland exportiert Holz in Größenordnungen, unsere Wälder werden immer durchsichtiger und es zeigen sich Tendenzen von Übernutzung, Raubbau und Kahlschlag. Extrem ausgedünnte Wälder, wie man sie um Eberswalde antrifft, Tendenz steigend, sind nur noch eingeschränkt klimawirksam, sie sind nicht mehr in der Lage, Klimastress schadlos zu überstehen. Der Bedarf des HOKAWE, führt zu einer weiteren Verknappung des Holzes. Holzverknappung führt aber zwangsläufig zu einem Preisanstieg und damit zu verstärktem Raubbau, einfach aus Gewinnstreben der Waldbesitzer.

In Berlin wurde 2011 von Vattenfall mit der Errichtung eines Holzkraftwerkes begonnen und weitere Holzkraftwerke sind geplant. Der Gesamtbedarf dieser Kraftwerke an Holz wird eine Millionen Tonnen Holz betragen. Die Frage, wie sich das auf den Holzmarkt auswirken wird, konnte Prof. Piorr nicht beantworten, »das stehe in den Sternen.«

In einer Pressemitteilung des Vereins Rettet den Regenwald heißt es: »Eine Million Tonnen

Holz pro Jahr benötigt Vattenfall dafür nach eigenen Angaben. ... Eine Million Tonnen Gummibaum-Holzschnitzel will Vattenfall in den kommenden Jahren aus Liberia importieren.« – »Und jetzt verlieren die Menschen auch noch das dringend benötigte Feuerholz.«

Die CO₂-Neutralität der Holzverbrennung: Hier geht es vor allem um Zeiträume. Die Neutralität ist langfristige. Es braucht einige Dekaden länger, den Kohlenstoff wieder einzufangen, als ihn in kurzen Momenten der Verfeuerung freizusetzen.

»Das HOKAWE als Fernwärme-lieferant garantiert geringe Heizkosten für unsere Bürger«

Das Gutachten zum Erwerb des HOKAWE enthält die Aussage, daß die Lieferung von Fernwärme durch das HOKAWE an EWE erfolgen soll. An dieser Version hält der Landrat unverändert fest, mit der Begründung, daß die EWE Eigentümerin und Betreiberin mehrerer Blockheizkraftwerke sowie des Fernwärmeversorgungsnetzes in Eberswalde ist.

Der Erwerb und Betrieb des HOKAWE könnte Teil der Daseinsvorsorge sein, wenn nicht EWE als privates Unternehmen die Versorgungskette vom HOKAWE zu den städtischen Wohnungsunternehmen und öffentlichen Einrichtungen unterbrechen würde. Aber lieber verzichtet der Landrat auf Aufgabenstellung der Wärmelieferung als Daseinsvorsorge.

Der Verzicht auf die Einbindung der EWE in die Versorgungskette böte die Möglichkeit, die Heizungskosten der Wärmekunden unmittelbar zu beeinflussen und zu minimieren. Möglichkeiten für eine Versorgungskette ohne EWE wurden nicht geprüft. Welche Gründe gibt es für eine derartige »Förderung« von EWE durch den Landkreis? Soll oder wird sich EWE in bekannter Weise (vergleiche Erwerb der Stadtwerkeanteile) erkenntlich erweisen?

»Verbessert unsere Klimabilanz«

Auch, wenn oben Angeführtes unberücksichtigt bleibt, ist die Bilanz der Umweltbelastung nicht, wie der Landrat der Öffentlichkeit weismacht auf den engen Rahmen des Objektes Holzkraftwerkes zu beschränken. Der Bilanzrahmen ist weiter zu spannen. In die Rechnungen gehören alle Aktivitäten im Wald, von der Pflanzung über die Pflege bis zur Gewinnung. Der Transport, auch bei »nur« 160 km Einzugsradius emittiert CO₂, weitere Schadstoffe, Lärm und belastet die Verkehrswege.

Auch nur aus dieser Sicht kann von Klimaneutralität keine Rede sein!

KLAUS MEIßNER

Gartenoase auf dem Bahnhofsvorplatz

Die Eberswalder Energie- und Kulturwende-Initiative wandelBar will am Sonntag, den 6. Mai mit Hilfe der Eberswalder den Vorplatz des Hauptbahnhofs vorübergehend in einen Garten verwandeln.

Dazu sollen die Pflanzen aus verschiedenen Richtungen per Bus, Bahn, Fahrrad oder zu Fuß von Ihren Eigentümern mitgebracht werden und vor Ort zu einem Garten mit Gartencafé arrangiert werden. Dort bleiben sie über Nacht und überraschen am nächsten Morgen die Pendler, bevor sie wieder abgeholt werden. Damit möglichst viele Topfpflanzen aus der Wohnung, vom Balkon oder aus dem Garten an der Aktion teilnehmen können, ruft die Initiative alle Eberswalder Bürgerinnen und Bürger dazu auf, ihre Pflanzen zum Bahnhof zu bringen und am Montag wieder abzuholen.

Damit keine Pflanze verloren geht, wird jede ein Schild mit ihrem Namen und dem Namen des Eigentümers erhalten. Auch wird vor Ort rund um die Uhr auf die Pflanzen aufgepaßt.

Im Gartencafé informiert ein Begleitprogramm rund um die vielfältigen Möglichkeiten zu Gärtnern – ob in der Wohnung, auf dem Balkon oder im Garten. Eine Infotafel vor Ort



wird Garteninteressierten, die keinen Garten haben, helfen, freie Flächen zu finden. Umgekehrt können Garteneigentümer Unterstützung beim Gärtnern finden.

Mit dem forstbotanischen Garten und dem Bezirksverband der Kleingärtner wurden bereits erste Gespräche geführt.

INGO FROST

Über WandelBar

WandelBar ist eine von weltweit ca. 1000 Transition Town-Initiativen, bei der Bürgerinnen und Bürger regionalen Wandel auf den Weg bringen. Im Kontext vom Klimawandel und Ressourcenkrisen werden nachhaltige Konzepte vor Ort umgesetzt. Mit positiven Zukunftsbildern werden die Herausforderungen, vor denen wir stehen, angenommen und gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestaltet.

Hauptausschuß votiert für B167-neu

Eberswalde (bbp). Die Stadtverwaltung stehe voll und ganz hinter dem Projekt der Nordtangente der B167-neu. Das betonte Baudezernentin Anne Fellner zur Februarsitzung des städtischen Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt. Sie respektiere das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zutiefst, sagte sie. Es freue sie, daß ein Teil der Anwohner erkannt habe, daß sich die Stadtverwaltung für ihre Belange und Bedürfnisse (Lärmschutz, Fledermauszaun) einsetze.

»Der Mitte der neunziger Jahre vorgeschlagene Eberswalder/Schwung steht aus heutiger Sicht nicht mehr zur Disposition«, sagte die Dezernentin. »Die Planungsentwicklung der Stadt ist weiter vorangegangen und das heutige Ziel ist, den Bau der B 167 n voranzubringen.« Klar sei, daß es nicht beim ersten Bauabschnitt bleiben könne, da dies ein höheres Verkehrsaufkommen für die Breite Straße bedeute. »Die Verwaltung ist

mit dem Landesbetrieb im Gespräch«, so Fellner. Die höheren Belastungen für den Knotenpunkt Friedensbrücke seien bekannt, könnten »aber erst nach der Weiterführung der Ortsumgebung gelöst werden«. In der Aprilsitzung werde die Thematik Breite Straße vorgestellt, versprach sie.

Über die Stellungnahme der Stadt Eberswalde zur Planfeststellung wurde im Hauptausschuß entschieden. Denn die Einreichungsfrist endete am 17. Februar, eine knappe Woche vor der Sitzung der Stadtverordneten. Im Januar hatten die Stadtverordneten mangels Themen nicht getagt.

Zu Beginn der Ära Boginski entschied zu solch wichtigen Dingen noch die Stadtverordnetenversammlung. Im Hauptausschuß gab es lediglich zwei Gegenstimmen von Karen Oehler (Bündnis 90/Grüne) und Albrecht Triller (Fraktion der Fraktionslosen).

Enkelmann lädt zum Girls-Day 2012

Bernau (bm). Von den insgesamt 620 Abgeordneten des 16. Deutschen Bundestages nur knapp ein Drittel, genau 196 Frauen – deutlich zu wenig. Ein wichtiger Grund für Dr. Dagmar Enkelmann (MdB, DIE LINKE), das Anliegen des Girls-Days, den Zukunftstag der Mädchen zu unterstützen. So bietet sie fünf Schülerinnen die Möglichkeit, sie in ihrer Funktion als parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Frak-

tion und als Bundestagsabgeordnete einen Tag lang zu begleiten. Dazu gehören ein Plenarbesuch, die Einführung in die parlamentarischen Abläufe, eine Führung durch den Reichstag mit Besuch der Glaskuppel und viele Gespräche. Für die Schülerinnen der 11. Klasse wird dies sicherlich sehr aufschlußreich sein und vielleicht wird sie ihre Berufswahl einmal in die Politik führen.

Fernwärme ist teurer

Auf Seite 55 des Schlußberichtes zur Jahresrechnung 2010 des Landkreises Barnim befindet sich eine Aussage zu Aufwendungen je kWh Heizungsenergie. Dort heißt es:

»Die Auswertung der Abrechnung für die Lieferung von Medien für die Beheizung der Objekte ergibt, bezogen auf das Jahr 2010, daß der Wärmebedarf der Objekte am günstigsten durch Gas- und Pelletheizungen gedeckt wird. Die Aufwendungen für den Bezug von Fernwärme sind demgegenüber um 67% höher.«

Daraus ergibt sich die Frage, warum der Landrat unbedingt die ganze Stadt Eberswalde mit Fernwärme aus dem HOKAWE beheizen will, die zwangsläufig noch teurer sein wird als die derzeit aus Gas produzierte Fernwärme?

Herr Ihrke, ich fordere Sie auf, machen Sie Schluß damit, den Bürgern Hoffnung auf Senkung der Heizkosten durch den Erwerb und Betrieb des HOKAWE zur Fernwärmeerzeugung zu machen. **ALBRECHT TRILLER**

Danke Prof. Dr. Ibisch

Prof. Dr. Pierre Ibisch und weitere Professoren des Fachbereiches Wald und Umwelt der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) haben dankenswerter Weise eine gemeinsame Stellungnahme zum Holzkraftwerk Eberswalde abgegeben.

Damit wenden sich Wissenschaftler der HNEE ein weiteres Mal an die Öffentlichkeit, um ihre kritische Stimme zum beabsichtigten Erwerb des HOKAWE zu erheben. Es war ohnehin erstaunlich, daß für die Erarbeitung eines Gutachtens zum geplanten Erwerb und Weiterbetrieb des großdimensionierten Holzkraftwerks nicht von vornherein mehrere Fachbereiche der HNEE einbezogen wurden, um die Ergebnisse der verschiedenen Bereiche der Nachhaltigkeitsforschung einfließen zu lassen. Es entstand der Eindruck, daß Meinungen gegen das HOKAWE unerwünscht waren.

Mit dieser Stellungnahme wurden in hervorragender Weise die Befunde zur ökologischen Nachhaltigkeit der Verbrennung von Holz und des Holzkraftwerkes Eberswalde zusammengefaßt. Nach dem Lesen kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern muß die Tragfähigkeit der bisher vorliegenden gutachterlichen Aussagen in Frage stellen.

In der Sitzung der Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde am 20. Februar hat Prof. Ibisch die Stellungnahme vorgestellt. Die vor allem auf Ökologie ausgerichteten Argumente offenbarten, daß die Verbrennung von Holz wegen fehlender Nachhaltigkeit auch nicht (langfristig) wirtschaftlich sein kann. Die vorgebliche CO₂-Neutralität der Holzverbrennung erweist sich als Illusion. Nur fossile Brennstoffe durch Holz als Brennstoff zu ersetzen, wird nicht zu einer Verminderung des CO₂-Gehaltes der Luft, sondern zur Verminderung der Wälder führen.

ALBRECHT TRILLER

Gründung der NVA am 1. März 1956:

Dank für Friedenssicherung

Zweimal hatte es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Drang des deutschen Imperialismus nach Kolonien, Rohstoffquellen und Absatzmärkten, nach den Naturreichtümern anderer Völker, ihrem Boden, ihrer Kohle, ihrer Erze und ihrem Getreide gegeben. Da waren Soldaten in zwei Kriege geschickt worden für die Interessen einer politischen und wirtschaftlichen Elite. Zwei Weltkriege, die Deutschland nicht hätte führen müssen, in denen das Blut der Soldaten für die Interessen und Ziele geopfert wurden, die nicht die des einfachen Volkes waren.

Am Ende des zweiten Weltkrieges tagten die Siegermächte und legten im Potsdamer Abkommen fest: »Völlige Entmilitarisierung Deutschlands ... und Auflösung aller militärischen Organisationen ... damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorgebeugt wird.«

In Deutschland waren die führenden Mächte von zwei gesellschaftlichen Systemen aufeinander getroffen und zielten auf die Ausschaltung des Gegners aus der Weltpolitik ab.

1952 wurde in der DDR die Kasernierte Volkspolizei gegründet. Zu den ersten Kadern gehörten Angehörige der KPD. Am 18. Januar 1956 beschloß die Volkskammer der DDR, eine Nationale Volksarmee zu begründen. Dieser Beschluß wurde am 1. März in die Tat umgesetzt. Dieser Tag wird seitdem feierlich als »Tag der NVA« begangen. Das erste Regiment leistete am 30. April 1956 den Fahneide einer Armee ab, in der im Laufe der Zeit 2,5 Millionen junge Bürger ihren Dienst taten. Diese Armee war an keiner Aggression gegen andere Völker beteiligt und leistete ihren Beitrag zur Verhinderung eines »heißen« Krieges. Sie war der Tradition der deutschen Arbeiterklasse verbunden. Kaserne, Truppenteile, Schiffe trugen die Namen von Antifaschisten. So verlieh Rosa Thälmann am 16. Januar 1961 einem Verband Küstenschutzschiffe den Namen ihres Mannes Ernst Thälmann.

Zum 56. Jahrestag der Gründung grüßen in tiefer Verbundenheit die Mitglieder der KPD alle ehemaligen Soldaten, Matrosen, Unterführer, Maate, Offiziere, Generale und Admirale der NVA und der Grenztruppen der DDR. Wir sagen Dank für Eure Leistung bei der Sicherung des Friedens.

KARL-HEINZ BLÄTTERMANN

365 Frauentage im Jahr

Emanzipierte Frauen sind mehr als nur billige Lohnsklavinnen zur Verbesserung des Profits oder Einsparung von Lohngeldern im öffentlichen Dienst. Dennoch sind sie im Gefüge der BRD allenthalben benachteiligt. Das haben insbesondere die engagierten Frauen im Gebiet der okkupierten DDR sehr schnell zu spüren bekommen. Bis auf den heutigen Tag stellen sie den größten Anteil der Arbeitslosen, Minderbezahlten oder befristet Angestellten auf dem Arbeitsmarkt. In der Folge sind sie auch mit dem Übergang in das Rentenalter diejenigen mit dem geringsten Einkommen.

Diese nicht aus den Augen zu verlierenden Tatsachen sind es dann auch, den Kampf der Frauen um die Gleichberechtigung als immanente Gegenwartsaufgabe zu betrachten. Nicht nur ein Tag im Jahr, wie vor 101 Jahren von mutigen Vorkämpferinnen auf der II. Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz im August in Kopenhagen vorgeschlagen, sollte Frauentag sein, sondern an 365 Tagen im Jahr gibt es Anlass um die Rechte der sozial benachteiligten Frauen zu ringen. Seit 1921 ist der 8. März »Internationaler Frauentag«. Er war für die Frauen in der DDR ein Tag zum Feiern, denn für sie war die Gleichberechtigung in der Verfassung staatlich sanktioniert. Die Gleichberechtigung wurde in allen Teilen der Gesellschaft gelebt.

Daran änderte auch der Umstand nichts, daß alte Denk- und Verhaltensmuster vielfach noch fortbestanden. Indes galt für jeden Verantwortlichen an jedem Tag im Jahr die Arbeit mit den Frauen als eine vorrangige Aufgabe. Und so bestanden die Frauenkommissionen in den Großbetrieben als eine feste Einrichtung zur Wahrnehmung der Rechte der Frauen im

Arbeitsprozeß. So bedurfte es in der DDR weder einer Frauenquote noch einer Feminisierung. Von der Schule bis in den Beruf standen den Mädchen und Frauen alle Wege der Entwicklung in voller Gleichberechtigung offen. Vielfach lagen Arbeitskollektive voll in den Händen der Frauen und erwiesen sich als Leistungsträger mit hohem Anspruch.

Es ist bezeichnend, daß im Deutschland von heute versucht wird, den internationalen Frauentag, als einen Kampftag für die Gleichberechtigung herabzuwürdigen und an seine Stelle einen braunversumpften Muttertag hervorheben zu wollen.

Wenn auch an der Spitze eines imperialistischen deutschen Staates zur Zeit eine Pastorentochter aus der vereinnahmten DDR steht, die sich einige politische Routine angeeignet hat, darf nicht übersehen werden, daß sie ihre Karriere mit den angeschlossenen Aufstiegschancen einer fundierten Ausbildung in der vielgeschmähten DDR und Zusatzausbildung in der Sowjetunion zu verdanken hat.

Wie zutreffend ist doch da der kleine Dialog bei einem Treffen westlicher sozialdemokratischer Diplomaten und der Vertreterin der jungen Sowjetmacht, Alexandra Kollontai, auf die Frage, ob es keinerlei Gemeinsamkeiten zwischen ihnen gäbe: »Ja, doch! Wir haben beide unsere Klasse verraten!«*

HELMUT BRAUNSCHWEIG

* Der »Sozi« stammte aus Arbeiterkreisen und vertrat auf der Konferenz das Großkapital, während A. Kollontai der Großbourgeoisie entstammte und seit der Zeit vor Ausbruch des I. Weltkrieges in den Reihen der Arbeiterklasse, an der Seite von Clara Zetkin für die Frauenrechte kämpfte

Gefährliche Kampagne des Eigentümerbundes Ost

Wir fordern den Eigentümerbund Ost e.V. dringend auf, seine Initiative für Eigentumsansprüche von Heimatvertriebenen einzustellen. Diese Initiative ist für die deutsch-polnischen und die deutsch-tschechischen Beziehungen extrem schädlich. Sie erschwert die Aufarbeitung des Vertreibungsunrechts und des Leides aller Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges auf allen Seiten der Grenzen. Wer die Aufarbeitung der Vertreibungen in Polen und Tschechien voranbringen will, muß unmißverständlich die Verbrechen des Nationalsozialismus in Osteuropa verurteilen. Erst der von den National-

sozialisten begonnene verbrecherische Zweite Weltkrieg hat es Stalin ermöglicht, seine menschenverachtende und mörderische Politik nach Osteuropa und Ostdeutschland zu tragen und Polen und Deutsche zwecks Vergrößerung seines eigenen Staates zu vertreiben.

Die Grenzen von Deutschland mit Polen und Tschechien stehen so fest wie die Ostgrenze Polens. Eigentumsansprüche sind auch juristisch haltlos. Weil der Eigentümerbund Ost all diese Klarstellungen versäumt, nimmt er bewußt in Kauf, daß seine Aktivitäten als revancharistisch und rechtsextrem eingeordnet werden. daß er auch noch Eigentums- und Entschädigungsforderungen erhebt, ruft bei den Betroffenen in unseren Nachbarländern Ängste hervor und bestätigt alte Ressentiments.

Eine ernsthafte Aufarbeitung der Vertreibungen wird so erschwert – an dessen Ende Aussöhnung stehen muß, und die Erkenntnis, daß sich Vertreibung nirgends und niemals mehr wiederholen darf.

CORNELIA BEHM

»Gründämmerung« im Studentenclub

Bald geht's wieder in den Garten! Darauf freuen wir uns schon und lassen uns noch mal inspirieren durch vier Kurzfilme, zusammengefasst zu einem Filmabend. Am 7. März erleben wir im Studentenclub eine »Gründämmerung« aus dem Jahr 2010: Nomadisch grün in Kreuzberg, Stadtentwicklung von unten in Leipzig, Kochen mit türkischstämmigen Jungs oder der legendäre Gartenumzug von Rosa Rose... – die vier Kurzfilme von George Eich, produziert von anstiftung&ertomis, sind auf DVD erhältlich. Sie zeigen die Lebendigkeit und die sozialen und kulturellen »Nebenprodukte« urbanen Gärtnerns. (7. März, 20 Uhr, Studentenclub, Schicklerstraße 1, Eberswalde)

Flächenverbrauch stoppen

Die Reduzierung des Flächenverbrauchs in Deutschland wird seit Jahrzehnten gefordert, passiert ist dennoch viel zu wenig. Alleine im Landkreis Barnim sind in den letzten 10 Jahren rund 5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche verloren gegangen.

Land- und Forstwirtschaft sind wichtige Flächennutzer und vom Flächenverbrauch am stärksten betroffen. Ihre große Bedeutung für die Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln, nachwachsenden Rohstoffen und Energie wird immer wieder betont. Nach wie vor reduziert die Zersiedelung der Landschaft durch neue Straßen, Windkraft- und Solaranlagen, neue Siedlungen und neue Gewerbegebiete die verfügbaren Flächen. Auch Tagebaue sowie der Eigenverbrauch der Agrarbetriebe zerstören land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen. Da der Boden nicht vermehrbar ist, muß der sorglose Umgang mit ihm beendet werden.

Die Kampagne des Deutschen Bauernverbandes gegen den Flächenfraß ist zu begrüßen. Das darf allerdings nicht als Blockade gegen das Greening im Rahmen der neuen EU-Agrarpolitik instrumentalisiert werden. Die Linke spricht sich weiterhin klar für ökologische Vor-

rangflächen zum Ausgleich ökologischer Defizite und einer ökologischen Aufwertung der Agrarflächen aus. Durch eine Entsiegelungspflicht bei geplanten Neuversiegelungen und Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden muß der Flächenverlust deutlich reduziert werden. Ökokonten können zu einem sparsamen und sinnvollen Umgang mit Agrarflächen beitragen.

Land- und Forstwirtschaft müssen ihren Beitrag zu einer vielfältigen Agrarstruktur sowie zum Umwelt- und Klimaschutz leisten. Landbewirtschaftung und Naturschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die berechnete Forderung nach Flächenschutz darf nicht gegen die Forderung nach ökologischen Vorrangflächen im Zusammenhang mit der nächsten EU-Agrarförderperiode instrumentalisiert werden.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

»Energiegeladen« zur Messe

Eberswalde/Hannover (prest-ew). Gemeinsam mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) wird sich die Stadt Eberswalde in diesem Jahr erstmals auf der Hannover Messe präsentieren. Die zentralen Themen sind Industrieautomation und IT, Energie- und Umwelttechnologien, Industrielle Zulieferung, Produktionstechnologien und Dienstleistungen sowie Forschung und Entwicklung.

Der vom Brandenburgischen Ministerium für Wirtschaft und Europangelegenheiten geförderte Gemeinschaftsstand der IHK Potsdam steht in diesem Jahr unter dem Motto »energiegeladen«. Eberswalder Unternehmen, die interessante Neuerungen aus dem Bereich »Energie« im Zeitraum vom 23. bis 27. April (auch einzelne Tage sind möglich) auf einer der weltweit bedeutendsten Industriemessen präsentieren möchten, werden gebeten, sich an das städtische Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus zu wenden. Ansprechpartner ist Jan-Martin Zwitter (Tel.: 03334/64-803, eMail: j.zwitter@eberswalde.de).

Solarförderung-Kürzung ist ein fatales Signal

Der Ausbau der Solarenergie boomt. Doch offensichtlich will die Bundesregierung die Energiewende stoppen.



Die von der Bundesregierung geplanten deutlichen Einschnitte bei der Solarförderung wird die Branche nur schwer verkraften. Sie sind ein fatales Signal auch für Brandenburg, bislang eine Vorzeigeregion in der Produktion von Solartechnik.

Bereits jetzt sind große Hersteller wie OdeSun und First Solar in erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und müssen dem Preisdruck aus dem Ausland widerstehen. Auf Brandenburger Dächern und in der Fläche gibt es noch große Potentiale für PV-Anlagen. Wird jetzt die Einspeisevergütung erneut und so drastisch reduziert, so werden sich Anlagenbetreiber noch häufiger für billige Module aus China entscheiden.

Die Kürzungen sollen bereits Anfang März mit der ersten Lesung des Gesetzes im Bundestag wirksam werden. Wer gerade noch darauf vertraut hat, daß die Kürzungen wie bislang von Schwarz-Gelb kommuniziert, erst zum

April in Kraft treten werden, hat die Rechnung ohne die beiden Wirte Rösler und Röttgen gemacht. Zukünftige Kürzungen sollen an Bundestag und Bundesrat vorbei laufen und von den Ministerien per Rechtsverordnung vorgegeben werden. Dies führt zu einer Entmachtung von Bundestag und Bundesrat.

Bündnis 90/Die Grünen wollen einen Ausbau der Solarenergie mit Augenmaß. Das kann mit Hilfe der »atmenden Degression«, also der Kürzung der EEG-Vergütung in Abhängigkeit von der Marktentwicklung, gelingen. Kleine Anpassungen, über das Jahr verteilt, verhindern, daß die Installationszahlen vor einem Stichtag extrem ansteigen. Eine Deckelung der Förderung lehnen die Bündnisgrünen ab. Kostentreiber bei der Strompreisen sind nicht die Erneuerbaren Energien, sondern ist die schwarz-gelbe Entscheidung, Großunternehmen von der EEG-Umlage zu befreien.

CORNELIA BEHM

Kürzung der Solarförderung:

Rechtsunsicherheit erwartet

Röttgen und Rösler wollen der Solarindustrie offenbar das Licht ausknipsen. Seit 2008 hat sich die Einspeisevergütung für Solarstrom bereits halbiert. 2012 wird die Förderung nach geltender Gesetzeslage um knapp 30 Prozent sinken. Für eine zusätzliche Kürzung besteht überhaupt kein Anlaß. Nicht nur die Höhe, sondern auch der Zeitpunkt ist völlig indiskutabel. Bereits zum 9. März 2012 – zwei Wochen nach Verkündung des Ministervorschlags – sollen die Fördersatzte gekürzt werden. Dieses Vorgehen seitens der Bundesregierung ist nicht nur hektisch und planlos, sondern schlicht verantwortungslos. In den vergangenen Tagen erhielt ich dazu eine Vielzahl besorgter Schreiben von Bürgern, aber auch der Solarwirtschaft und von Unternehmen, die indirekt vom Ausbau der Photovoltaik profitieren. So wird u.a. davon berichtet, daß schon unmittelbar nach Bekanntwerden des Röttgen-Rösler-Kompromisses Bestellungen storniert und Bankkredite widerrufen worden seien.

Die Fraktion DIE LINKE befürchtet darüber hinaus eine politische Hängepartie. Das Kürzungsgesetz wird frühestens Ende März beschlossen werden. Schon jetzt ist klar, daß einige Bundesländer überlegen, den Vermittlungsausschuß anzurufen. Die Folge wird eine wochen-, wenn nicht gar monatelange Hängepartie mit einer völlig ungeklärten Rechtslage sein. Die Fraktion hat einen Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums zur Lage der Solarindustrie beantragt. Erarbeitet wird ein Antrag der LINKEN für ein Unterstützungsprogramm der heimischen Solarindustrie.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Nazikriegsverbrecher sponsern Bürgerstiftung

Eberswalde (bbp). »Uns wird in diesem Jahr ein weiteres Mal ein großer Preis verliehen«, schreibt die Geschäftsführerin der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark (BBU) Helga Thomé. Das Projekt »Kohle für Coole« habe die Jury in dem Ideenwettbewerb »Allianz für Bürgersinn« überzeugen können, der von der Initiative Bürgerstiftungen und der Herbert-Quandt-Stiftung verliehen wird. Ein Preisgeld von 5.000 Euro steht ins Haus. Am 22. März soll »in Gegenwart von Joachim Gauck einer der ersten drei Preise« an die BBU übergeben werden. »Wir sind schon ganz aufgeregt und gespannt«, sagt Helga Thomé, die ihre Mitstreiter von der BBU zu Filmaufnahmen einlud. Der Film solle dem Publikum während der Preisverleihung einen Eindruck von dem prämierten Projekt verschaffen und Akteure der Stiftung vorstellen.

Eine Vorstellung der Herbert-Quandt-Stiftung und Informationen über deren Namensgeber sind nicht geplant. Die Akteure der Bürgerstiftung haben offensichtlich auch nicht nachgefragt. So entging ihnen, daß Herbert und dessen Vater Günther Quandt als Chefs eines Konglomerats von Rüstungsbetrieben nicht nur den deutschen Faschisten sehr nahe standen und zu den größten Kriegsgewinnlern gehören, sondern auch persönliche Verantwortung tragen für die Ausbeutung und für den Tod hunderter Zwangsarbeiter, die im firmeneigenen KZ gehalten wurden.

Herbert Quandt lebte von 1910 bis 1982. Er entstammt einer Industriellendynastie, die ihre Macht und ihren Reichtum hauptsächlich der Rüstungsproduktion zu verdanken hat. Schon in den Anfängen in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts sorgte die Uniformproduktion für die Armee für die Profite. Unter Führung des Vaters Günther Quandt wurde die Firma während des 1. Weltkrieges Hauptlieferant der Armee für Textilien und Leder. Die Kriegsgewinne investierte Quandt in weitere Rüstungsbetriebe. Neben der Accumulatoren Fabrik AG (AFA) gehörten bald die Mauserwerke und die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik den Quandts.

Doch die wirklich große Zeit begann nach 1933. Da gehörte Herbert Quandt schon zum Firmenvorstand. 1940 trat er der NSDAP bei. Sein Vater gehörte schon 1931 zu der Gruppe von Industriellen, die Hitler unterstützten. 1937 war er zum »Wehrwirtschaftsführer« ernannt worden. Teilweise auf Kosten enteigneter, meist jüdischer Konkurrenten bauten die Quandts ihr Firmenimperium aus.

Im 2. Weltkrieg eigneten sie sich weitere Unternehmen in den besetzten Ländern an. Beispielsweise die Batteriefabrik von Léon Laval in Luxemburg, der nach Weigerung, seine Ak-

tienanteile zu verkaufen, in ein Konzentrationslager gesteckt wurde. Neben Uniformen lieferten die Quandt-Betriebe Batterien für U-Boote und Raketen, Waffen und Munition. Dabei setzten die Quandt-Betriebe in großem Umfang Zwangsarbeiter ein. Die AFA besaß in Hannover-Stöcken ein eigenes Außenlager des KZ Neuengamme. Die Zwangsarbeiter mußten ohne Schutzkleidung im Batteriewerk arbeiten und wurden somit vorsätzlich den giftigen Gasen der Schwermetalle Blei und Kadmium ausgesetzt, was dazu führte, daß die meisten dies nicht überlebten. Interne Berechnungen von Quandt gingen von einer »Fluktuation« von 80 Personen monatlich aus – also 80 Toten. Herbert Quandt war kurz vor Kriegsende auch maßgeblich beteiligt an der Deportation hunderter nicht mehr arbeitsfähiger Zwangsarbeiter. Ein großer Teil von ihnen wurde in Isenschubbe bei Gardelegen ermordet, wo kurz am 13. April 1945 mehr als 1.000 KZ-Häftlinge erschlagen, erschossen bzw. in einer Scheune bei lebendigem Leib verbrannt wurden.

Günther und Herbert Quandt entkamen dem Nürnberger Tribunal. Die britischen Besatzer hielten Beweise zurück. Sie hatten für die Rüstungsunternehmer eine andere Verwendung.

Der als »Mitläufer« klassifizierte Wehrwirtschaftsführer Günther Quandt starb 1954. Das Blutgeld der Zwangsarbeiter diente seinen Söhnen Herbert und Harald Quandt (letzterer wuchs im Hause von Joseph Goebbels auf, der dessen Mutter nach ihrer Scheidung von Günther Quandt ehelichte) in der BRD als Grundlage ihrer »Erfolgsstory«, in deren Rahmen sie 1959/60 die Aktienmehrheit von BMW übernahmen. Die Mitglieder der Quandtfamilie gelten heute als die reichsten Deutschen mit einem Vermögen von 20 Milliarden Euro (2007).

Die Herbert-Quandt-Stiftung wurde 1980 gegründet und verfügt nach mehreren Zustiftungen – zuletzt 15 Millionen Euro im Jahr 2007 von Susanne Klatten (geb. 1962), Tochter Herbert Quandts und Stiftungsratsvorsitzende, »zur Wahrung des Andenkens an ihren Vater« – aktuell über ein Stiftungskapital von 40 Millionen Euro. Daneben gehören Susanne Klatten und die von ihr kontrollierten Unternehmen zu den größten Parteispendern der CDU/CSU und FDP.

Quellen:

de.wikipedia.org/wiki/Familie_Quandt
www.verbrechen-der-wirtschaft.de
www.herbert-quandt-stiftung.de

Über »Ostversteh« und »Parkinesen«

Nachdenken über »Gestern, Heute und Morgen« nennt Dagmar Enkelmann ihre Veranstaltungsreihe »Offene Worte« im Untertitel. Diesmal waren es einige der nachdenklichsten »Offenen Worte« – zu Gast war der Journalist und Spiegel-Redakteur Stefan Berg.

Berg, Jahrgang 64, hatte wie viele, die nach dem Mauerbau geboren wurden, ein ambivalentes Verhältnis zur DDR. Die Einheit empfand er nicht als Wiedervereinigung – er habe die beiden Staaten ja nie zusammen erlebt, bekannte er. Zwar stand er aufgrund seiner christlichen Überzeugung und seiner Aufmüpfigkeit zeitweise kurz vorm Schulrauswurf, konnte aber das Abitur ablegen. Das war, sagte er freimütig, dann seine letzte abgeschlossene Ausbildung gewesen. Zum Lehrerstudium wurde – »einer wie er« – erwartungsgemäß nicht zugelassen. Zunächst diente Berg als Bausoldat auf Rügen und entdeckte sein Talent zum Schreiben. Danach begann er für christliche Zeitungen in der DDR zu arbeiten. Berg schilderte u.a. die subtile Zensur, der auch diese Presse unterlag. Nach der Wende wurde er Re-

dakteur bei der »Allgemeinen Deutschen Sonntagszeitung« – bis 1996 der Anruf vom »Spiegel« kam. Dort spielte er zunächst weiter die Rolle als »Ostversteh«, schrieb aber bald auch über Themen wie Rechtsextremismus und die Entwicklung der PDS.

Im Reden über das »Gestern« zeigte sich Stefan Berg als scharfer Kritiker der DDR-Verhältnisse. In dem Staat haben die Dummen über die Schlawen geherrscht. Das rief Widerspruch im Saal hervor, mehr und mehr zog Berg aber die Zuhörer mit seinen Gedanken über seine heutige Lage in den Bann.

Im Alter von 44 wurde bei ihm Parkinson diagnostiziert. Wie die Krankheit von heute auf morgen sein Leben und Stück für Stück seine Sicht auf das Leben veränderte, darüber berichtete Berg mit sichtlicher körperlicher An-

strengung und las auch Kapitel aus seinem Buch »Zitterpartie«. Der Humor, der Berg schon DDR-Absurditäten ertragen ließ, hat ihn bis heute nicht verlassen. Konsequentermaßen hießen die Erkrankten, von denen einige gekommen waren, bei ihm »Parkinesen«. Ihm sei klar, so Berg, daß er mit einem großen Arbeitgeber wie dem »Spiegel« im Rücken und mit seinem Beruf in einer besonderen Situation sei. Kleinunternehmen mit fünf Leuten könnten oft weniger Rücksicht auf Erkrankte nehmen, oft nicht, weil sie nicht wollten, sondern einfach nicht könnten. Mit viel Sport, Medikamenten und Landleben versucht Berg, den Krankheitsverlauf hinauszuzögern – übertriebene Hoffnungen auf Heilung hegt er nicht, denn »wer weiß schon, was in zehn Jahren ist.«

BÄRBELE MIERAU

»Dosto«-Ehrenamtler geehrt

Christian Espig vom Bernauer Jugendtreff »Dosto« erhielt am 29. Februar von der bündnisgrünen Landtagsabgeordneten Marie Luise von Halem eine Ehrenurkunde für sein ehrenamtliches Engagement. Der Landtagsausschuß für Bildung, Jugend und Sport und der Landesjugendring Brandenburg e.V. wollen im Jahr 2012 monatlich ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen aus den Jugendverbänden des Landes Brandenburg würdigen. »Mit den Besuchen vor Ort wollen wir Abgeordnete aufzeigen, wie vielseitig das Engagement junger Leute in Brandenburg ist. Nur ein solches Engagement hält

die Demokratie lebendig«, sagte Marie Luise von Halem. Der 26jährige Christian Espig arbeitet seit mehreren Jahren in der offenen Jugendarbeit im Bernauer »Dosto«. Als Graffiti-Künstler leitet er dort Workshops, in denen er andere Jugendliche mit der Geschichte dieser Kunstform und ihrem Konfliktpotential vertraut macht. Darüber hinaus engagiert er sich, um den alltäglichen Betrieb des Treffs aufrecht zu erhalten. Bei der Vorbereitung des jährlichen Bernauer Hussitenfestes ist er seit Jahren eine feste Stütze der Angebote des Jugendtreffs.

TOBIAS ARBINGER

Seltsame »Evaluierung«

Eberswalde (bbp). Kurz vor Weihnachten wurde die weitere Finanzierung der Drogenberatungsstelle »Experience« im Brandenburgischen Viertel überraschend gekündigt. Die Weihnachtsbotschaft für die Mitarbeiter lautete: Ab Januar seid ihr arbeitslos. Nach öffentlichen Protesten machte die Kreisverwaltung einen Rückzieher.

In der folgenden Sitzung des kreislichen Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales am 11. Januar ließ die zuständige Dezernentin Silvia Ulonska wissen, daß das alles gar nicht so ernst gemeint gewesen sei. Carsten Zinn, Ortsvorsteher im Brandenburgischen Viertel, konfrontierte den Kreisausschuß eine Woche später mit der These, »daß dem Träger nur gekündigt wurde, um diesen in eine neue in-

haltliche Ausrichtung zwingen zu können«. Quasi als Erpressungsmittel, um zeitraubende Gespräche sparen zu können. Zinn bat um eine offizielle Antwort.

Die von Sozial- und Umweltdezernentin Silvia Ulonska unterschriebene und von der Jugendamtsleiterin Dankert formulierte Antwort erfolgte Mitte Februar in einem schwer verständlichen Bürokratendeutsch (»Im Ergebnis war es anzuraten, die Beratungsstellen unter eine Verantwortung zu stellen mit Ausrichtung für das Jahr 2012«). Letztlich bestätigte die Jugendamtsleiterin die Vermutung des Ortsvorstehers. Die Kreisverwaltung greift zum Hilfsmittel der Erpressung. Mit der heutzutage von Führungskräften erwarteten Sozialkompetenz hat ein solcher Umgang wenig zu tun.

Bürgermobil startet wieder durch

Nach ziemlich genau zwei Jahren Tour mit dem Bürgermobil haben wir ein Resümee gezogen. Es gibt auf unserer Route viele Orte, wie z.B. Oderberg, Rüdnitz oder Wandlitz, in denen öfter Bürgerinnen und Bürger das Mobil aufsuchen. Es gibt allerdings auch Orte, in denen die Nachfrage nicht so groß ist. Wir haben daher die Route ein wenig geändert und dem Bedarf angepasst. Nachdem wir in den Wintermonaten Dezember bis Februar einen ausgedünnten Fahrplan absolviert haben, werden wir ab dem 5. März mit dem geänderten Tourenplan neu durchstarten.

An jedem Montag in geraden Wochen werden wir auf unserer Oderbergtour folgende Orte anfahren: 9 - 9.30 Uhr Niederfinow vor dem Konsum, 10 - 11 Uhr in Oderberg vor dem ehemaligen Rathaus, 11.15 - 12 Uhr in Oderberg in der Nähe des Netto Markendiscounts an der Waldstraße. Nach einer Mittagspause geht es von 13 - 14 Uhr in Lunow-Stolzenhagen vor dem Edeka-Markt weiter und von 14.15 - 15 Uhr finden Sie uns in Brodowin, nahe der Kirche.

An den Montagen der ungeraden Wochen führt uns die Wandlitztour von 10 - 11 Uhr nach Schönwalde, Höhe Schleckermarkt, von

11.15 - 12.45 Uhr nach Basdorf an den Parkplatz nahe dem REWE-Einkaufsmarkt. Weiter geht es von 13 - 14 Uhr in Wandlitz, bei Lidl - Prenzlauer Chaussee/Ecke Bernauer Chaussee und von 14 - 15 Uhr auf dem Parkplatz am Postshop an der Prenzlauer Chaussee 183 in Wandlitz.

Unsere Biesenthaltour an Donnerstagen in ungeraden Wochen verkürzen wir auf die Standorte 9 - 9.45 Uhr in Rüdnitz, Wohnpark, Parkplatz Bürgermeisterstraße und 10 - 12.30 Uhr in Biesenthal auf dem Marktplatz. Im Anschluß bleibt dann Zeit für variable Tourtermine in Orte, die sonst gar nicht oder nur selten angefahren werden.

Unsere Werneuchentour an den Freitagen der ungeraden Wochen hat sich nicht geändert. Wie üblich finden Sie uns von 9 - 10 Uhr in Ahrensfelde an der Sparkasse und von 10.30 - 12 Uhr in Werneuchen auf dem Marktplatz.

MdL Dr. MICHAEL LUTHARDT

Die nächsten Termine:

Wandlitztour: 12.3., 26.3., 9.4., 23.4., 7.5.

Biesenthaltour: 15.3., 29.3., 12.4., 26.4., 10.5.

Werneuchentour: 16.3., 30.3., 13.4., 27.4., 11.5.

Oderbergtour: 5.3., 19.3., 2.4., 16.4., 30.4., 14.5.

Feierlich verabschiedet

Am 16. Februar war auf der Volkssolidarität-Veranstaltung der Ortsgruppe 12 Schwärzetal in der Brunnenstraße Kappenfest angesagt. Man genoß den Tag entsprechend dem Alter, bei Kaffee, Pfannekuchen und Sekt. Bei stimmungsvoller Musik in einem schön geschmückten Faschingsraum verging die Zeit viel zu schnell.



Zwischendurch wurde der Stellvertreter des Vorsitzenden der Ortsgruppe 12 Günter Gebhardt vom Vorsitzenden der OG Wilhelm Lange und der Hauptkassiererin Waltraud Michaelis herzlich von der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden der OG, aus gesundheitlichen Gründen, verabschiedet. Günter Gebhardt versprach auch weiterhin die Ortsgruppe entsprechend seines Gesundheitszustandes zu unterstützen und an den Veranstaltungen teilzunehmen. Die anwesenden Mitglieder der Volkssolidarität wünschten ihm alles Gute.

WALDEMAR HICKEL

Evangelische Jugendarbeit Barnim

Jahresplaner 2012

Sehr handlich im Format A7 kommt er nun in die Hände oder als Datei auf die Rechner von Kindern und Jugendlichen, Eltern und anderen interessierten Menschen. Der Jahresplaner 2011 informiert über Freizeiten und Ausflüge, Workshops und Veranstaltungen, die die evangelische Jugendarbeit oder Kirchengemeinden im Kirchenkreis überörtlich anbieten, natürlich offen für alle Kinder und Jugendlichen. Auch Weiterbildungen für ehrenamtlich und beruflich Engagierte sind dabei zu finden.

Die Veranstaltungen und Fahrten ermöglichen Abwechslung und Spaß, Erholung und Horizonterweiterung, soziale und politische Bildung. Ein Schwerpunkt des Jahresplaners 2012 sind die Freizeiten in den Sommerferien. So gibt es erstmals einen Cajon-Bau-Workshop, eine Surffreizeit und eine Jugendfreizeit »im Sachsenland«. Die günstigen Teilnahmebeiträge sind nur möglich durch kommunale und kirchliche Förderung. Rechtzeitiges Informieren und Anmelden ist zu empfehlen.

DIETER GADISCHKE

Wo gibt es den neuen Jahresplaner kostenlos? In Bernau: Jugendtreff Offene Hütte, Am Kirchplatz 10, in Eberswalde: Jugendkeller, Eisenbahnstraße 84 sowie in vielen evangelischen Gemeindehäusern und Pfarrämtern im Barnim. Im Internet unter www.ejbar.de.

Kriegerstaat – Krisenkonferenzen – Fritz Fischer (Teil 3)

Das Institut der »Krisenkonferenzen«

»Im Juli 1914 berührte deutsche Reichspolitik Hohenfinow«, schrieb der Hohenfinower Ortschronist Schünemann 2007. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg machte Urlaub auf seinem Schloß in Hohenfinow. Da war Krieg längst beschlossene Sache. In seinem Buch »Deutsche Policy of Pretention – Der Abstieg eines Kriegerstaates 1871-1914«, das 2010 in 2. Auflage erschien (BBP 11/2010), befaßt sich der Hamburger Historiker Dr. Bernd F. Schulte mit den Vorgängen, die zum Krieg führten, und der Rolle, die u.a. Bethmann Hollweg dabei spielte. Die aktuellen Ergebnisse seiner Forschungen zum Kriegsausbruch 1914 stellte der Autor der »Barnimer Bürgerpost« zur Verfügung. Im abschließenden Teil 3 geht es um das Institut der »Krisenkonferenzen« im Führungssystem des Deutschen Reiches und die Rolle, die Reichskanzler Bethmann Hollweg dabei spielte.

Kurz gesagt behauptet die traditionelle bundesdeutsche Geschichtswissenschaft, in Kontinuität und immer wieder neuer Formulierung (seit 1959), die »Schuld am Ersten Weltkrieg« spiele »kaum noch eine Rolle innerhalb der Forschung« (Große Kracht, 2004). Daß der Begriff der »Krisenkonferenzen« im Kaiserreich, den ich 1980 prägte, noch bis in die jüngste Zeit benötigte, um von eben diesem Teil der deutschen Geschichtswissenschaft akzeptiert zu werden, zeigt, wie wenig das Phänomen Erster Weltkrieg selbst heute noch in der Bundesrepublik verarbeitet ist.

Worum geht es aber? Es handelt sich darum, die Röhl/Fischer/Schulte-These (1969) abzuschwächen, auf dem sogenannten »Kriegsrat« bei Wilhelm II. am 8. Dezember 1912 sei für einen Zeitpunkt in anderthalb Jahren der Erste Weltkrieg beschlossen worden. Bereits der Streit um die tatsächliche Auswirkung dieser Konferenz hoher Vertreter von Armee und Marine beim Kaiser (Tirpitz wurde umgehend benachrichtigt), legt wiederum offen, wie heiß umkämpft die deutsche Verantwortlichkeit für 1914 im Bewußtsein der Historiker nach wie vor ist.

Mein großes Interesse an dieser Frage zeigt die Tatsache, daß ich bereits in der Dissertation (ich riskierte damit meine Note!) über die deutsche Armee von 1914 (1977) auf eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem Feldmarschall Colmar von der Goltz erstmals Bezug nahm, die in unmittelbarer zeitlicher Nachbarschaft zum 8. Dezember stattfand. Diese Unterredung kreiste, im Gefolge der türkischen Niederlagen im 1. Balkankrieg (Herbst 1912), um die Möglichkeit eines Präventivkrieges. Bestand doch das Bestreben der konservativen Historikerfronde vor allem um Wolfgang J. Mommsen darin, auf die Abwesenheit des Reichskanzlers im Beraterkreis bei Wilhelm II., und damit eine Nichtbeteiligung der Politik, hinzuweisen. Diese Argumentation widerlegte mein Buch »Vor dem Kriegsausbruch 1914« (1980), das die Auswirkungen der Balkankrise auf den »decision making process« (Entscheidungsprozeß - bbp) in den politischen und militärisch-strategischen Führungseliten in Berlin zum Gegenstand erhob.

Bilden doch militärische Fragen, und der strategische Entscheidungskreis, den noch fehlenden »Schlußstein« der Fischerschen Argumentation (vgl. Teil 2). Es wurde gezeigt, daß – durchaus im Sinne einer Kriegsvorbereitung –

nach dem Dezember 1912 ausgreifende Maßnahmen technischer, personeller und funktionaler Art ergriffen wurden, die offensichtlich dazu führten, daß die deutsche Armee im Jahre 1913 nicht kriegsbereit war (Falkenhayn, 1913). Es wurden nämlich sämtliche Bereiche der Militärverwaltung von einer rasanten Ausrüstung (von der Konservendose bis zum Lederkoppel) ergriffen, was unmittelbar zu Engpässen führte.

Quellen, die mir 1978 bekannt wurden, zeigten darüber hinaus, daß es sich im Umfeld der Kriegsentschluß-Problematik um ein breiter angelegtes Phänomen innerhalb der deutschen Führungsstruktur handelte. So wies ich bereits im Jahre 1983 auf eine »Krisenkonferenz« bei Bülow (Juni 1909) hin, die durch den möglicherweise unmittelbar bevorstehenden Krieg mit England veranlaßt war (Invasionsfurcht in England 1908). Es fällt auf, daß sich die Diskussion im Grunde um die gleiche Problematik wie am 8. Dezember 1912 bewegte.

Arbeiten an meinem demnächst erscheinenden Buch über »Politik und Militär im Kaiserreich« fördert weitere »Krisenkonferenzen« zutage, die in nächster Nähe zu den übrigen Vorkriegskrisen stattfanden. Erste Ergebnisse dieser Forschungen führten zu der These vom »Institut der Krisenkonferenzen« in der deutschen Führungsspitze zwischen 1871 und 1914. Es handelte sich also ganz und gar nicht um etwas besonderes, wenn sich die Spitzen von Politik und Militär in Berlin zusammenfanden, um über die nächsten Schritte zu beraten, angesichts von Krisen mit Frankreich (1875), mit Rußland und Frankreich (1877/79), mit Rußland (1887/89) – und schließlich wiederum mit Rußland (1908/09) und, gegebenenfalls, England/Frankreich (1912/14). Die inhärente Brisanz des »Krisenkonferenz«-Begriffs hat die bereitwillig von dem Begriff des »Kriegsrats« abgehende konservative Zunft offenbar übersehen.

Es bildet sich, abgesehen von den Details der verschiedenen Krisenabläufe im einzelnen, ein ausgesprochen dichtes Bild einer regen Interdependenz innerhalb der deutschen Führungsspitze heraus. Und dies insbesondere zwischen den politischen und militärischen Ämtern. Von einer hochgradigen und vermeintlich strukturbedingten »Polykratie« (Düsseldorfer Schule) in der politisch-militärischen Führungselite des deutschen Kaiserreichs – wie Mommsen immer wieder behauptet hat – kann

also, vor allem in Bezug auf die lebenswichtigen Fragen von Krieg und Frieden – keinesfalls gesprochen werden.

Im Zentrum der Berliner Politik, zumindest zwischen 1909 und 1917, stand der Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg. Es führt nicht weiter, wenn dieser lediglich als Philosoph und wirklichkeitsfremder Politiker der Diagonale verstanden wird. Er war mehr.

Ausgehend von den Vorstellungen seines Großvaters, des preußischen Kulturpolitikers und Staatsrechtlers Moritz August von Bethmann Hollweg in der Krimkriegphase, stand er ganz auf der liberalkonservativen Position der von diesem begründeten »Preußischen Wochenblatt-Partei« der »Neuen Ära«. So beabsichtigte der Kanzler seit 1909, Deutschland zwischen Rußland und England zu stellen, und Großbritannien durch eine – wie auch immer geartete – Neutralitätspolitik auf das Reich »zuzuzwingen«. So sollte Spielraum für die, weiterhin offen gehaltene, deutsche Europa- und Weltpolitik gewahrt werden. Daß dieses »Zuzwingen Englands«, wie schon ausgeführt, in einem immer riskanteren »testing the entente« mündete und gleichzeitig der deutsche Nimbus der Unbesiegbarkeit stetig abnahm (Teil 1), führte schließlich zum Scheitern der »Deutschen Policy of Pretention« im Angesicht der Konfliktlage des Juni/Juli 1914.

Nicht zuletzt wurde die Entscheidung des Reichskanzlers wohl beschleunigt durch eine von mir entdeckte neue Denkschrift aus Wien vom 24. Juni 1914, die offenbarte, es sei in den nächsten Monaten mit dem finanziellen Zusammenbruch Österreich-Ungarns zu rechnen – und damit dessen militärischer Präsenz. In dem Augenblick des Fürstenmordes von Sarajevo hielt Bethmann Hollweg diese Denkschrift in Händen. Diese mag den Kanzler, in den dramatischen Stunden nach dem 28. Juni, dazu bestimmt haben, eine kriegerische Lösung – im äußersten Falle – zu bejahen, da der militärische Konflikt mit Rußland/Serbien (»Kampf gegen das Slawentum« – Wilhelm II., 9.12.1912) dann noch im Verbund mit der österreichischen Armee geführt werden könne. Eine Aufteilung Österreichs, ähnlich jener für die Türkei erwarteten, deren Schattenriß fiel in diesen Stunden zwischen dem 28. Juni und 5. Juli 1914 auf die düstere Eichholtztäfelung im Arbeitszimmer des Reichskanzlers auf Schloß Hohenfinow.

Dr. BERND F. SCHULTE

Endlich wieder RTL-Kultur...

Im Januar war es wieder so weit: mehr als acht Millionen Menschen, sogenannte Quotenbinger, ließen sich eine neue Staffel des »Dschungelcamps« bieten und verzichteten sogar darauf, bei Silbereisen und Emmerlich mitzuschunkeln. Wählten also das größere Übel.

Die Dummenfänger von RTL hatten es diesmal schwer, auch nur halbwegs »prominente« Typen herbeizuagitierten, die bereit waren, vor laufenden Kameras Maden zu fressen, Taranteln zu knutschen oder sich in Dunghaufen zu wälzen und sich danach wechselweise anzugiften. Lediglich Brigitte Nielsen, abgedörstes ehemaliges Endlager für allerlei Silikonprodukte, konnte auf eine gewisse Berühmtheit verweisen. Vor Jahren machte sie Kasse als Busenwunder, indem sie ihren Wunderbusen auf den Tittelseiten einschlägiger Zeitschriften ausbreitete, was ihr ein paar Filmrollen als Anita-Ekberg-Verschnitt einbrachte. Nun ist sie ganz unten angekommen – eine ins Abseits geratene traurige Figur. Daß sie unter Palmen und zwischen Lianen die Kesse, Couragierte und Abgeklärte gibt und gleich danach die Zuschauer anwinstelt, sie zur »Königin« zu wählen, macht die Peinlichkeit vollkommen. Ihre »Teamkollegen« kennt keiner, sie sollen irgendwas mit dem Showgeschäft zu tun haben oder anderweitig unauffällig geworden sein. Man kann gegen die deutsche »Promi«-Szene, Bohlen hin und Markwort her, sagen, was man will, aber daß sogar Stefan Raab und selbst Guido Westerwelle darauf verzichteten, in das Schmutzreservat einzurücken, muß anerkennend erwähnt werden. Es gibt also Leute, die zumindest in diesem Falle ihre Schamgrenze kennen.

Ganz anders als Dirk Bach und Sonja Zietlow. Bach, so wollen es Gerüchte wissen, soll in seinem ersten Leben mal ein passabler Kabarettist gewesen sein – es muß sehr, sehr lange her sein. Nun, zum kugelrunden Hanswurst verkommen, blödel er witzische Kommentare zu den Schlammorgien, die er von einem Hochsitz aus beobachtet. Ein ferkliges Gewerbe, bei dem er von der Ikone des veranstaltenden Senders sekundiert wird. In einem einigermaßen normalmenschlichen Milieu ist diese Frau, eine Mixtur aus Geltungsgier, Kälte, Arroganz, Dummlichkeit und Zynismus, nur als von jedermann Gemiedene denkbar – bei RTL

ist sie ein Star, den keiner rausholt. Mag ihr auch diese Rolle verpaßt worden sein – irgendwann hätte das Frauenzimmer ein menschliches Rühren spüren müssen und abwägen können, ob ihm die fette Gage mehr wert ist als seine Würde. Die ist total hin – wer anderen beim Kotzen zuguckt und die rausgewürgte Masse zum Gegenstand vertiefender Erörterungen macht, nimmt sich des Ekels an wie andere ihren Hobbys.

Sigmund Freud beschrieb die »anale Phase« als eine Etappe frühkindlicher Entwicklung, in der sich Jungen und Mädchen dergestalt mit sich selbst befassen, daß sie sich unbekümmert mit ihren Exkrementen beschäftigen, »böse« Worte probehalber aufsagen oder genüßlich in den Nasenlöchern nach Popeln fahnden, um sie sich verstohlen zu Munde zu führen. Das geht vorbei, und nur bedauernswerte Menschen bleiben auf dieser Stufe stehen und werden zum Fall für den Psychiater. Oder für RTL.

Eine bestimmte Spezies von Erwachsenen, für die das beschönigende Adjektiv »bildungsfern« erfunden wurde, was im Klartext blöd, dämlich, dumm bedeutet, läßt sich reduzieren auf Kleinkinderniveau und so zurückversetzen auf die Stufe der Popelfresserei. Ein nachgerade genialer Trick der Entmündigung. Wer sich Dirk Bach zumutet, dem ist scheißegal, ob Wulff schwindelt oder der Verfassungsschutz – was ist das eigentlich? – mit den Nazis mauschelt. Wer Sonja Zietlow erträgt, erträgt auch sich.

Daß selbst »seriöse« Zeitungen die Schmutzdelei im Urwald mit Interesse und bar jeder ironischen Distanz verfolgen, beweist, wie weit der moralische Ausverkauf schon in die ominöse »Mitte der Gesellschaft« vorgedrungen ist.

Immerhin liegt die Prozentzahl derer, die sich zu Voyeuren des unappetitlichen Spektakels machen, in den neuen Bundesländern weit, weit unter der in den alten.

Ob da mal nicht die Stasiseilschaften dran gedreht haben...

Dr. STEFFEN PELTSCH

Tournee »Hautnah« mit Chris Doerk und Frank Schöbel

Chris Doerk und Frank Schöbel sind wieder gemeinsam auf Tour. Am 16. März gastieren sie in der Eberswalder Stadthalle in der Hufeisenfabrik. Das über zweistündige Programm beinhaltet neben den Solohits die unvergeßlichen Duette aus den DEFA Spielfilmen: »Heißer Sommer« & »Nicht schummeln Lieblich«. Das Konzert beginnt um 18 Uhr. Tickets gibt es u.a. unter 03334/ 384910.

STEFFI THEURING



Nur Kaninchen

In Ergänzung zu dem Bericht über den »Henker von Warschau« in der Februar-Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« möchte ich an die KZ-Ärztin Herta Oberheuser erinnern, die in Ravensbrück ihr Unwesen trieb. Ein Beispiel dafür, daß in Westdeutschland nicht alle Kriegsverbrecher ohne Strafe blieben.

1911 geboren, erlebte die faschistische Machtergreifung als Medizinstudentin. Herta Oberheuser studierte in Bonn und Düsseldorf. Zwei Jahre später war sie im »Bund Deutscher Mädel« und 1937 in der NSDAP. Im gleichen Jahr promovierte sie und erweiterte bald darauf ihre Ausbildung auf das Gebiet der Dermatologie. Nach Erlangung ihres Facharztstitels als Hautärztin im Jahr 1940 war sie beim Gesundheitsamt Düsseldorf tätig und auf Forschungsversuche an lebenden Tieren spezialisiert.

Bald darauf bewarb sie sich auf eine Stellenanzeige als Lagerärztin in einem »Frauen-Umschulungslager«, dem KZ Ravensbrück. Dort beteiligte sie sich an medizinischen Versuchen an Mädchen und Frauen aus ganz Europa. Herta Oberheuser wählte vorrangig junge Polinnen aus. Es waren Zufallsopfer, die sie wie die Kaninchen ihrer früheren Tierversuche nicht als Menschen wahrnahm. Viele der Frauen brachte Herta Oberheuser nach den Versuchen durch Benzininjektionen bestialisch um.

Im Unterschied zum »Henker von Warschau« mußte Herta Oberheuser sich nach dem 2. Weltkrieg in Nürnberg im sogenannten »Ärzteprozeß« für ihre Verbrechen verantworten. Sie wurde 1947 zu 20 Jahren Haft verurteilt, aber schon 1952 »wegen guter Führung« entlassen.

Nach ihrer Entlassung ließ sie sich in Schleswig-Holstein als praktische Ärztin nieder, wurde aber 1956 von einer Überlebenden des KZ Ravensbrück erkannt. Das daraufhin eröffnete Verfahren wurde niedergeschlagen, weil sie für ihre Taten schonmal verurteilt war. Der mediale Rummel verschaffte ihrer Privatpraxis sogar verstärkten Zulauf. Nach Protesten der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Ravensbrückerrinnen wurde ihr dann 1958 aber doch die Zulassung als Ärztin entzogen. Zwei Jahre später wies das schleswig-holsteinsche Verwaltungsgericht ihre Anfechtungsklage endgültig ab. Oberheuser starb 1978 in Linz am Rhein.

CHRISTEL PRITZSCHE

Flugzeugabsturz

Am 6. April jährt sich zum 46. Mal der Tag, an dem das Flugzeug mit den Piloten Boris Kapustin und Juri Janow in Berlin in den Stößensee abgestürzt ist. Beide Helden waren auf dem sowjetischen Flugplatz in Finowfurt stationiert.

Aus diesem Anlaß führt die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft (BFG) e.V. Eberswalde eine stille Kranzniederlegung am 06.04.2012 um 10 Uhr auf dem Garnisonsfriedhof in Eberswalde, Heegermühler Straße durch. Interessierte Bürger sind herzlich dazu eingeladen. Vorstand der BFG e.V. Eberswalde

Tips für Wanderfreunde

10. März, Samstag, Sternwanderung nach Pöhlitzbrück. Am 10. März wandern nach Pöhlitzbrück. 1. Treffpunkt: 9 Uhr Parkplatz Lanke-Dorf. Wanderstrecke ca. 9 km bis Pöhlitzbrück. Wanderleiter: Rainer Lehmann, NaturFreunde OG Hellmühle, Tel. 03337/40751. Rücktour: bis Biesenthal-Markt, dann mit dem Bus 903 nach Lanke. 2. Treffpunkt von Biesenthal *Die verwünschte Prinzessin auf dem Schloßberg*, 9.30 Uhr Biesenthal-Markt. Wanderstrecke ca. 6 km bis Pöhlitzbrück. Wanderleiterin: Gerda Schmidt, NaturFreunde OG Hellmühle Tel 03337/3379. Ab 11 Uhr sorgen die NaturFreunde OG Hellmühle am Rastplatz für Speisen und Getränke. Ansprechpartner für die gesamte Veranstaltung ist die Naturfreundin Gerda Schmidt von der Ortsgruppe Hellmühle, Tel 03337/3379.

Am 11. März, Sonntag, Mitgliederversammlung der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland. Treff ist um 15 Uhr in der Jugendherberge Teufelsee, Hammerthal 3, 16259 Bad Freienwalde.

18. März, Sonntag, Neumarkwanderung zu den Zachower Rieseneichen. Auf wiederentdecktem Wanderweg geht es von der Kirche von Zachow (polnisch Czachów) in den malerischen Wald zu den über 400 Jahre alten Eichen bei Idaswalde. Hier soll einmal ein Kloster gestanden haben, wozu es eine Sage gibt. Kaffee und Kuchen unter den Eichen. Wegstrecke 7,25 Kilometer. Treff: 13.30 Uhr Hotel »Zur Fährbühne«, Fährweg 17, 16259 Hohenwutzen.

BERND MÜLLER

Ein Blick voraus: Jazz in E

Für alle Terminkalender, ein kleiner Vorausblick: Am verlängerten Himmelfahrtswochenende geht die 18. Ausgabe von »Jazz in E. – Ein Festival aktueller Musik« über die Bühne. Seit 2010 arbeitet das Festival mit einem thematischen Fokus. Nach Volksmusik und Tanzmusik heißt es in diesem Jahr vom 16. bis 19. Mai 2012 »Trance«. Soeben ist das Eröffnungskonzert fest vereinbart worden. Am Mittwoch, den 16. Mai 2012 können wir uns auf ein Konzert des legendären Duos von Heinz Sauer & Bob Degen freuen. In den nächsten Wochen wird sich das Programm vervollständigen. Einen Nachrichtenticker gibt es auf Facebook: www.facebook.com/jazzine. Ausführliche Informationen dann rechtzeitig wie gewohnt auch auf www.mescal.de.

Im Rahmen von Guten-Morgen-Eberswalde wird es am 5. Mai 2012 ein Aperitif-Konzert zum Festival geben. Kalle Kalima ist mit seiner Klangperformance »Iris in Trance« bei der dann 252. Ausgabe der Veranstaltungsreihe zu Gast. Treffpunkt Marktplatz!

Zur Jubiläumsausgabe von Guten-Morgen-Eberswalde, der Nr. 250!., erwarten wir am 21. April 2012 Skazka Orchestra und ihre »neue russische Tanzmusik«.

UDO MUSZYNSKI

Redaktion und Herausgeberverein wünschen den Leserinnen der »Barnimer Bürgerpost« alles Gute zum Internationalen Frauentag und viel Kraft im noch lange nicht erfüllten Kampf um Gleichberechtigung und Gleichstellung.

Junge Grafik in Greifswald



Der Eberswalder Grafiker Matthias Schwarz begleitet seit über einem Jahrzehnt Veranstaltungsreihen wie *Jazz in E.*, *Purpur* und *Guten Morgen Eberswalde* mit Skizzenbuch und Bleistift, um daraus Druckgrafiken zu schneiden. Eine Auswahl neuer Werke wird nun im Pommernhus im Rahmen der Ausstellung »Junge Grafik« neben Bildern von Hanna Birgit Neumann, Sven Bremer und Kristian Salewski gezeigt. Im Gegensatz zu 2003, wo Schwarz während der XXIII. Eldenaer Jazz-Evenings im Greifswalder Rathaus ausstellte, sind diesmal farbige Linol- und Holzschnitte zu sehen.

7.3. bis 6.5.2012 »Junge Grafik« • Pommernhus • Knopffstraße 1 • 17489 Greifswald • Öffnungszeiten: Mo. - Fr. 10 - 16 Uhr, So. - 14 - 17 Uhr, samstags und feiertags geschlossen.

Die Vernissage ist am 7. März um 19 Uhr.

<http://www.mescal.de/schwarz/index.html>

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Hickel (2), Markmann (3), TSPress

grafik: Kattner, Schwarz, wandelBar

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktions-schluss: 1. März 2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Kontonr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßig 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 29.3.2012, 12 Uhr.